

BUNDESPOLIZEI

kompakt

Zeitschrift der Bundespolizei
ISSN 2190-6718

38. Jahrgang
1-2011



Küssen verboten?

Wenn's am Arbeitsplatz funkt



In- & Ausland:

Vier Fragen zu den
Werthebach-Empfehlungen
an Dr. Thomas de Maizière

Seite 13

Personal & Haushalt:

Einblicke in das
Auswahlverfahren der GSG 9

Seite 26

Portrait:

Reisebüro Bundespolizei

Seite 46

Inhalt



Die ersten 100 Tage bei der Bundespolizei

Zwei Polizeimeisteranwärter berichten von ihrem Start bei der Bundespolizei

Seite 10



Dem „Onkel“ auf der Spur

Wie die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Bexbach ein internationales Schleuser- und Drogennetzwerk zerschlug.

Seite 14



„Es lebe der Sport!“

Dienstsport in der Bundespolizei

Seite 50

■ Titelthema

- Küssen verboten? – Wenn’s am Arbeitsplatz funkt 4
- Näher als die Polizei erlaubt 8

■ In- & Ausland

- Die ersten 100 Tage bei der Bundespolizei 10
- Vier Fragen zu den Werthebach-Empfehlungen an Dr. Thomas de Maizière 13
- KrimB Bexbach zerschlägt internationales Schleuser- und Drogennetzwerk 14
- Der HOD – tatsächlich „bezahlter Urlaub“? 18
- Notfall? Du hilfst – ich auch! . . . 20
- Der polnische Grenzschutz 22

■ Personal & Haushalt

- Challenge GSG 9 26
- Warum entscheiden sich junge Menschen für die Bundespolizei? 28
- In Gedenken 30
- Ein Schritt in die richtige Richtung! 32

■ Recht & Wissen

- 60 Jahre Bundespolizei 33
- Besser gerüstet - Der modulare Studiengang. 39
- The Afghan K-9 program 42
- Identitätsfeststellung gem. § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG. . . 44

■ Portrait

- Reisebüro Bundespolizei 46

■ Technik & Logistik

- Kein feuerrotes Spielmobil 48

■ Sport & Gesundheit

- Dienstsport in der Bundespolizei. 50

■ Leserbrief

■ Zu guter Letzt

- Fliegender Notarzt für den neuen „Tatort-Kommissar“ 54
- 16.000 Euro für die Ideen aus 2010. 54
- Gewinner des Preisrätsels. 55

Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium

Redaktion

Sandra Pfeifer (V.i.S.d.P.), Kristian Veil,
Alexander Geyer, Daniel Nedwed,
Stefan Perschall, Freya Schröder,
Michaela Heine, Friedrich-Willhelm Britz,
Armin Thiel, Lars Beyer, Torsten Henkel,
Sven Drese, Anika Manthey,
Kurt Lachnit, Cora Thiele,
Thomas Borowik, Fiona Roloff

Anschrift

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon

0331/97 997-9404, -9407

Telefax

0331/97 997-9411

E-Mail

redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Layout & Satz

Fachinformations- und Medienstelle
der Bundespolizei

Druck

Media-Print Informationstechnologie GmbH
Paderborn

Auflage

12.000

Wir danken allen Autoren für die in dieser
Ausgabe veröffentlichten Beiträge.
Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätz-
lich die Autoren verantwortlich.

Die Redaktion behält sich das Recht der
Kürzung und Änderung von Beiträgen vor.

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2-2011

25. Februar 2010



Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst möchte ich mich bei Ihnen entschuldigen. Die letzte Ausgabe der kompakt war stark fehlerbehaftet. So haben Sie beispielsweise das auf der Titelseite angekündigte und falsch geschriebene Preisrätsel vergeblich auf Seite 41 gesucht. Glücklicherweise haben es viele von Ihnen dennoch gefunden. Mein Redaktionsteam und ich werden künftig noch genauer hinschauen.

Mit großer Spannung habe ich die Empfehlungen der Werthebach-Kommission gelesen. Ich war ziemlich überrascht oder soll ich sagen emotional berührt über das, was ich dort über die Bundespolizei las. Umso mehr interessierte mich, wie unser Bundesinnenminister die Bundespolizei sieht. Die kompakt hat nachgefragt: Wo steht die Bundespolizei heute und welche Zukunftschancen hat sie? Lesen Sie, was unser Minister dazu sagt.

Als wir uns in der Redaktion für das Titelthema „Paare in der Bundespolizei“ entschieden haben, waren wir nicht sicher, ob wir Paare finden

würden, die bereit wären, uns ihre Geschichte zu erzählen. Wir haben uns daher sehr gefreut, dass die Resonanz überraschend gut ausfiel.

Hält eine Beziehung 24 Stunden „Zweisamkeit“ aus? Wie sind die Reaktionen der Kollegen? Unsere Pärchen behaupten: „Alles gut!“ Überzeugen Sie sich selbst.

Erstmalig widmen wir unseren im letzten Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen Raum in unserem Magazin. Wir wollen damit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, aber auch den Hinterbliebenen sagen: Seid glücklich über die Momente, die Ihr gemeinsam hattet und seid stark für Euch selbst, die Ihr im Leben steht. Wir vergessen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht!

Ihre Sandra Pfeifer
Redaktion Bundespolizei kompakt

Titelthema



Küssen verboten? – Wenn's am Arbeitsplatz funkt

Sie sind der Heiratsmarkt für Singles: Kontaktbörsen im Internet. Ihre vollmundigen Versprechungen gleichen sich: per Mausclick zum Traumpartner - und das ganz unkompliziert. Doch abseits des Onlinedschungels hält sich eine eher schnöde Kontaktbörse seit Jahrzehnten an der Spitze: der Arbeitsplatz. Obwohl viele bei dem Wort nicht unbedingt an Romantik und Liebe denken, hatte laut einer Studie des Hamburger Meinungsforschungsinstituts GEWIS jeder fünfte Berufstätige in Deutschland schon einmal eine Beziehung am Arbeitsplatz. Jeder Vierte davon hat sogar einen Kollegen geheiratet. Natürlich sind auch Bun-

despolizisten nicht vor Amors Pfeilen sicher, wenn sie aus den eigenen Reihen abgeschossen werden. Der Satz: „Gelegenheit macht Liebe“ gilt eben auch für die Romanze in Uniform. Und die kann sogar an exotischen oder vielmehr eher unromantischen Orten entflammen. Bei Maike und Jan Jaskolla (beide 35) funkte es ausgerechnet während einer Sammelrückführung nach Hanoi im November 1999. Zwar kannten sich die beiden bereits vom Sehen aus der Bundespolizeiinspektion Flughafen Frankfurt/Main II, sie waren aber in unterschiedlichen Dienstgruppen. „Wir haben uns höchstens kurz zum Schichtwechsel gesehen, das war's dann“, sagt Jan.

Nachdem es auf dem Dienstrip nach Fernost aber nachhaltig knisterte, läuteten 2001 die Hochzeitsglocken. Leon (9) und Paula (8) machten das Familienglück komplett. „Vor vier Jahren haben wir ein Haus gebaut, einen Baum gepflanzt und uns einen Hund zugelegt“, lacht Jan. Dienstlich sehen sich die beiden nicht mehr so oft. Maike versieht seit 2005 ihren Dienst im Bundespolizeirevier am Mainzer Hauptbahnhof, während Jan nach wie vor bei der Bundespolizeidirektion auf dem Frankfurter Flughafen beschäftigt ist. Um für ihre beiden Kinder so oft es geht da zu sein, arbeitet Maike in Teilzeit. Eine Bilderbuchgeschichte. Oft kann aber gerade der Beginn

Susann Kluge und Andreas Müller hatten am Anfang Angst, dass geredet und getratscht wird.

gen aber auch eingeweiht werden. Geheimniskrämerei schadet langfristig nur. Auch der Vorgesetzte sollte irgendwann involviert werden.“ Die Bedenken von Susann und Andreas waren allerdings unbegründet. Fair und loyal gingen die Kollegen mit dem Outing des Pärchens um. Böse Anspielungen? - Fehlanzeige. „Es gab hin und wieder einen lockeren Spruch. Das war aber alles humorvoll und freundschaftlich,“ erklärt Andreas Müller. Das Paar sieht es als Vorteil, in derselben „Branche“ zu arbeiten und sich nicht nur privat zu sehen. „Das muss eine Beziehung aushalten können. Der Vorteil ist, dass wir nicht viel erklären müssen und sich vieles von selber versteht. Wichtig ist, dass sich jeder einfach auch Freiräume schafft, und das klappt gut bei uns“, findet Susann. Während ihr Partner sich dem Laufen, dem Rennrad sowie

5

einer Liebesbeziehung zwischen Kollegen holprig sein. Gerade, wenn beide eng zusammenarbeiten. Das Hauptproblem: Wie sage ich es dem Rest des Teams, wenn es richtig geknistert hat? Susann Kluge und Andreas Müller hielten sich zunächst bedeckt, als sie sich vor etwa sieben Jahren im Bundespolizeirevier Gießen kennen und lieben lernten. Die beiden Diensthundeführer hatten zunächst Bedenken: „Wir hatten Angst, dass geredet und getratscht wird und dass die Kolleginnen und Kollegen unsere Beziehung verurteilen würden.“ Die richtige Entscheidung - findet Kommunikationsexpertin Meike Müller aus Berlin, die sich in ihrem Buch „Rendezvous am Arbeitsplatz“ mit Pärchenbildung im Job auseinandersetzt: „Grundsätzlich sollte man zunächst abwarten, denn manche Liebelei entpuppt sich als Strohfeder. Wenn man sich sicher ist und auch das Bedürfnis hat, dann sollten vertraute Kolle-

Bei Maïke und Jan Jaskolla funkte es während einer Sammelrückführung nach Hanoi.





Christian Blohm und Erik Werle wollen frei sein und sich nicht verstecken.

der Wald- und Gartenarbeit widmet, genießt die 32-jährige Polizeiobermeisterin ihre Zeit mit den Hunden, die Natur sowie die Zeit mit Freunden. Tochter Ronja macht das Glück der Familie perfekt. Nach einem Jahr Babypause kehrte Susann in den Dienst zurück und ist in Teilzeit im Ermittlungsdienst des Bundespolizeireviers Gießen tätig. Damit bekommt sie Familie und Beruf unter einen Hut.

Anfängliche Sorgen wegen des „Outings“ machte sich auch Christian Blohm. Während der Ausbildung zum Bundespolizisten hatte er seinen Partner Erik Werle vor knapp zwei Jahren via Internet kennen gelernt. Erik arbeitete bei der MKÜ Stuttgart, Christian wurde nach dem Ende seiner Ausbildung in der Schwabengemetropole eingestellt. „Wir haben uns

irgendwann gesagt, dass die Kollegen wissen müssen, dass wir zusammen sind. Wir wollten frei sein und uns nicht verstecken müssen.“ Erik war immer offen mit seiner Homosexualität umgegangen und hatte damit schon bei der Bundeswehr keine schlechten Erfahrungen gemacht. Christian sah das erstmal anders: „Ich hatte während meiner Ausbildung immer irgendwie das Gefühl: Schwulsein und Polizei – das passt nicht zusammen“, fasst er seine Sorgen zusammen. Doch diese erwiesen sich als völlig unbegründet. Hundertschaftsführung, Dienstgruppenleiter und Kollegen akzeptieren das Paar ohne Wenn und Aber. „Wir erleben absolute Normalität“, findet der 32-jährige Erik Werle. Und sein Freund ergänzt: „Die Probleme gehen meistens auch nicht von den Kollegen aus sondern von uns

Schwulen, weil oft der Mut nicht da ist, zu sich und dem Partner zu stehen und damit Normalität zu leben.“

Erik und Christian arbeiteten teilweise zusammen. Besonders gefallen hat das Christian nicht. „Ich habe mich immer irgendwie beobachtet gefühlt. Das hat aber nichts mit schwul oder nicht-schwul zu tun. Ich denke, dass das für alle Paare gilt.“

Kommunikationstrainerin Meike Müller bestätigt das: „Egal ob frisch verbandelt oder längst gelangweilt, immer sehen die Kollegen zu, wie sich die Beziehung entwickelt. Und gerade in schwierigen Phasen sind die Kollegen, die meist auch zum Freundeskreis gehören, hautnah dabei. Das muss nicht immer gut sein.“

Erik Werle ist inzwischen wieder Zugführer bei der MKÜ in Konstanz, sein Freund arbeitet weiterhin als Kontroll- und Streifenbeamter bei der Inspektion Stuttgart. 170 Kilometer trennen die beiden. Wegen der Dienstpläne sehen sie sich etwa zwei bis drei Tage in der Woche. Trotzdem sind sie unlängst am Bodensee in eine gemeinsame Wohnung gezogen. Über eine eingetragene Lebenspartnerschaft haben beide noch nicht nachgedacht.

Amouröse Verbindungen zwischen Kollegen bieten immer auch Stoff für jede Menge Fettnäpfchen, weiß Kommunikationstrainerin Meike Müller. Ein absolutes „No Go“: Zärtlichkeiten vor anderen Kollegen. Pärchen, die sich wie verliebte Teenager verhalten und vor versammelter Mannschaft rumbuseln oder ständig in der „Wir-Form“ reden, werden schnell nicht mehr ernst genommen. Außerdem besteht die Gefahr, dass sie sich durch derlei Verhalten von den Kollegen distanzieren und aus den informellen Netzwerken, von denen der Job auch lebt, ausklinken. „Job-Pärchen sollten nicht wie an der Hüfte zusammengewach-

sen durchs Leben wanken, sondern ganz normal als Kollegin und Kollege auftreten“, rät Müller.

„Wo die Liebe hinfällt“ – heißt es bekanntlich. Doch so einfach ist es nicht immer. Als besonders heikel erweisen sich Liebesbeziehungen zwischen Kollegen unterschiedlicher Hierarchieebenen. Die Liste der prominenten Vorbilder ist lang. So ehelichte „Fußballkaiser“ Franz Beckenbauer gleich zwei seiner Sekretärinnen und auch Ex-Daimler-Manager Jürgen Schrempp verliebte sich in seine Büroleiterin. In den USA etwa werden solche Verbindungen nicht gerne gesehen. Im Land der Rekord-Schadenersatzklagen fürchtet man teure prozessuale Verstrickungen

rund um den Sachverhalt sexuelle Belästigung – besonders, wenn es um Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Chefs und Untergebenen geht.

In Deutschland gehen Personalverantwortliche mit der Liebe am Arbeitsplatz grundsätzlich lockerer um. Wenn es aber um Partnerschaften zwischen Vorgesetzten und Untergebenen geht, gelten auch hier bestimmte Regeln. Bei der Bundespolizei gibt es zwar keine Vorschrift, die derlei Beziehung per se verbietet, allerdings ergeben sich gewisse Beschränkungen aus den Bestimmungen des Beamtengesetzes und anderer Vorschriften. Darunter fällt etwa das Neutralitätsgebot oder die Verschwiegenheitspflicht. Aber auch die Themen Beurteilung

und Zeugnisverweigerungsrecht sind heikel. „Aus personalwirtschaftlicher Sicht versuchen wir deshalb private Beziehungen und berufliche Abhängigkeitsverhältnisse auszuschließen und achten darauf, dass es dabei überhaupt nicht erst zum Konflikt kommt. Das ist etwa durch eine interne Umsetzung in einen anderen Aufgabenbereich in gegenseitigem Einverständnis mit den Betroffenen möglich“, erklärt Andreas Dally vom Personalreferat im Bundespolizeipräsidium.

Dass das Thema „Liebe am Arbeitsplatz“ auch zu einem echten Mobbing-Martyrium werden kann, musste Franziska M. erleben. Es war die Zeit, in der Frauen beim damaligen BGS noch

„Diskretion bitte!“

Tipps für den richtigen Umgang mit der Liebe im Job Von Kommunikationsexpertin Meike Müller

Wann sag' ich es den Kollegen?

Sagen Sie den Kollegen nichts, solange es noch keine feste Beziehung ist. Manche Liebesleien entpuppen sich als Stroheuer. So vermeiden Sie unnötigen Klatsch und Tratsch. Wenn Sie merken, dass die Sache ernst ist, sollten Sie Kollegen und auch Vorgesetzte einweihen.

Keine intimen Details!

Halten Sie sich bei Gesprächen mit Kollegen zurück, auch wenn Sie mit Ihrem Partner offiziell zusammen sind. Es geht niemanden etwas an, ob Ihr Liebster karierte Boxershorts trägt oder ihre Liebste eine Vorliebe für Intimpiercings hat.

Machen Sie sich nicht lächerlich!

Turteln Sie nicht zu viel herum. Sie machen sich schnell lächerlich. Zeigen Sie als Paar im Job, dass Sie Privates und Berufliches voneinander trennen können.

Schließen Sie ihre Kollegen nicht aus!

Präsentieren Sie sich nicht ständig als Paar und verfallen Sie nicht in die „Wir-Form“. Pflegen Sie weiterhin selbstständig die informellen Netzwerke und suchen sie nach wie vor das Gespräch und den Austausch mit anderen Kollegen, um niemanden auszuschließen.

Was tun, wenn es aus ist?

Suchen Sie räumlichen und zeitlichen Abstand! Ein Urlaub kann schon helfen. Nur wenn es gar nicht anders geht und zu viel räumliche Nähe besteht, sollten Sie auch über eine Versetzung an einen anderen Dienort nachdenken.



keine Selbstverständlichkeit waren. „Gerüchte und falsche Anschuldigungen haben mir damals echt zugesetzt. Das ging sogar bis zum Disziplinarverfahren“, berichtet die Bundespolizistin. Von einem verschmähten Verehrer und neidischen Kollegen wurde ihr eine Affäre mit dem Führer einer anderen Gruppe angedichtet, der die damalige BGS-Schülerin in Selbstverteidigung ausbildete. „Er war ja nicht mal mein direkter Vorgesetzter. Wir waren uns nur sympathisch und haben auch manchmal in der Freizeit etwas unternommen, unser Verhältnis war aber rein platonisch“, erinnert sich die heute 36-Jährige. Die Konsequenz: Gruppenführer Thorsten bekam ein Disziplinarverfahren und wurde versetzt. Offizielle Begründung: Er sei zwar nominell kein Vorgesetzter gewesen, dadurch, dass er aber die Ausbildung von Franziska zum Teil be-

treute, habe quasi ein Vorgesetztenverhältnis bestanden. Ganz so negativ endete die Geschichte dann aber doch nicht für Franziska und Thorsten. Im Gegenteil: Sie führte zu einem echten Happy-End. Das Erlebte schweißte die beiden bis dato platonischen Freunde so zusammen, dass nach Thorstens Versetzung und vielen Telefongesprächen aus der angedichteten Beziehung eine echte wurde. Franziska und Thorsten sind heute verheiratet und haben drei Kinder. Sie arbeiten im selben Revier – allerdings in verschiedenen Dienstgruppen.

Parteibildung, Gerüchte und Mobbing drohen aber auch dann, wenn eine Beziehung zwischen Kollegen zerbricht. „Das Problem dabei ist, dass alle Kollegen meinen, mitreden zu können und sich der eine oder andere auch das Maul zerreißt.

Wichtig ist, dass die Betroffenen Abstand nehmen können, etwa durch Urlaub. Wenn das alles nicht fruchtet, dann müssen sich die Ex-Partner überlegen, ob sie sich etwa an einen anderen Dienort versetzen lassen“, rät Paare-Expertin Meike Müller. Doch davon sollten sich frisch verliebte Kollegenpärchen nicht abschrecken lassen. Denn Beziehungen, die am Arbeitsplatz entstehen, gelten in der Regel als besonders stabil und halten oft ein Leben lang. Durch den täglichen Umgang und die Arbeitssituation lernen die Verliebten sich und die Marotten des anderen besonders intensiv kennen und lieben. Die Gefühle zueinander können so langsam und beständig wachsen.

Kristian Veil

Näher als die Polizei erlaubt

Drei Pärchen erzählen, wie es bei ihnen „boom“ machte

„Große Gefühle im Terminal C“



Rosi und Bernd Balke – Bundespolizeiinspektion Rosenheim

Geknistert hat es auf dem Gang der Wache im Terminal C des Münchner Flughafens. Bernd kam gerade aus der Botschaft in Prag zurück und in die Dienstgruppe von Rosi. Dann ging es weiter über das erste Glas Rotwein bis zum gemeinsamen Kochen sowie Joggen im Englischen Garten. Wegen der weit auseinander liegenden Wohnorte verbrachten beide privat nicht viel Zeit miteinander. Außerdem war Rosi als Triathletin an den Wochenenden viel unterwegs. Bernd unterstützte beim Sprinttraining im Englischen Garten. 2005 begann Rosi ihre 3-jährige Aufstiegsausbildung in den gehobenen Dienst. Das bedeutete: Wochenendbeziehung. Nach Rosis Aufstieg machte das Paar Nägel mit Köpfen und zog zusammen. Dank zweier Tauschpartner bekamen beide eine Stelle in der Inspektion Rosenheim. Für die beiden wertvoller als ein Lottogewinn. Im September 2010 läuteten die Hochzeitsglocken. Als Vorteil einer „Bundespolizeiliebe“ sehen sie vor allem gegenseitiges Verständnis für den Job und Planungssicherheit für die gemeinsame Freizeit.

„Familie ist alles!“



Frank und Martina Batschko – Bundespolizeirevier Hof

Gefunkt hat es schon 1995. Ganz klassisch in der Disco. Seitdem sind die beiden unzertrennlich. Ihre Liebe zueinander ist von ihren Kollegen immer akzeptiert worden. 1996 kamen sie auf eigenen Wunsch in die gleiche Dienstgruppe. Rund um die Uhr waren die beiden zusammen. In der ersten Zeit war das kein Problem. Mitte des Jahres 1997 heiratete das Paar. Die ganze Dienstgruppe stand an der Kirche Spalier. Frank und Martina stellten irgendwann fest, dass sich auch im Privaten alles um den Dienst drehte. Dieses „Problem“ erledigte sich anschließend von selbst als Sohn Maximilian Ende 1997 geboren und Martina Erziehungsurlaub nahm. 2004 folgte Tochter Leonie. Martina und Frank arbeiten heute im Bundespolizeirevier Hof in versetzten Dienstgruppen. Zu Hause wird über dienstliche Angelegenheiten nur selten gesprochen. Der Schichtdienst ist mit dem Inspektionsleiter so geplant, dass immer einer der beiden bei den beiden Kindern ist. Ein längerer Lehrgang ist für das Paar aus diesem Grund problematisch, weil der anderen in der Zeit Urlaub oder Dienstreise nehmen müsste. Frank verzichtet deshalb auch auf einen Aufstieg in den gehobenen Dienst. „Aufstieg ist nicht alles“, findet er.



Anna Theuring und Oliver Krainer – Bundespolizeiinspektion Frankfurt IV



„Zukunftspläne!“

Große Gefühle füreinander entdeckten Anna und Oliver während der Nachtschicht über die Weihnachtsfeiertage 2007 auf dem Frankfurter Flughafen „Das war quasi unser erstes gemeinsames Weihnachtsfest“, sagt die 26jährige Polizeikommissarin und schmunzelt. „Von da an waren wir dann ein Paar.“ Oliver entscheidet sich für den Aufstieg in den gehobenen Dienst. Das bedeutet: Wochenendbezie-

hung. Über den Dienst reden sie in ihrer Freizeit nur, wenn es gar nicht anders geht. „Aber es ist von Vorteil, wenn der Partner um die Probleme weiß, die sich im Dienst ergeben können, und mitreden kann“, sagt Anna. Über eine gemeinsame Zukunft haben sie sich auch schon Gedanken gemacht. „Der Dienst am Frankfurter Flughafen ist zwar interessant und vielseitig, aber mich zieht es doch zurück in meine Heimat nach Sachsen-Anhalt“, erzählt Anna. „Der Flughafen oder der Bahnhof in Halle oder Leipzig wären echt ein Traum.“

In- & Ausland



Die ersten 100 Tage bei der Bundespolizei

Endlich loslegen! – Nach dem langen Bewerbungsmarathon haben viele Berufsanfänger nur einen Wunsch: endlich anzufangen. Für Anne Kathrin Maletz und Eugen Willer, beide Polizeimeisteranwärter im Aus- und Fortbildungszentrum Eschwege, ist dieser Wunsch am 1. September 2010 in Erfüllung gegangen. Jetzt haben sie die ersten 100 Tage hinter sich gebracht, sich sozusagen „warmgelaufen“.

In der Politik ist es üblich, nach den ersten 100 Tagen ein erstes Resümee zu ziehen. Und auch Anne Kathrin und Eugen haben sich bereit erklärt, für die **kompakt** über ihre Erfahrungen während der ersten 100 Tage ihrer Ausbildung zu berichten.

„Ich habe mich sehr auf meinen Ausbildungsbeginn gefreut“, erzählt die 21-jährige Anne Kathrin, die ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen kommt. „Ich hatte aber auch ziemlich große Angst. Ich wusste, dass wir auf keinen Fall ein Einzelzimmer bekommen würden, also malte ich mir schon die schlimmsten Horrorgeschichten aus, wie meine Zimmernachbarin wohl

sein könnte. Hoffentlich würden wir uns verstehen und uns nicht schon nach den ersten Tagen die Köpfe einschlagen.“ Mittlerweile ist Anne Kathrin der Meinung, dass sie großes Glück mit ihrer Zimmernachbarin hatte. „Im Großen und Ganzen verstehen wir uns gut, auch wenn wir uns ab und zu mal anzicken.“

„Dass sich die anfänglichen Befürchtungen schnell verflüchtigten, dazu trug unter anderem auch die freundliche Begrüßung durch die Lehrkräfte und Martin Kröger, den Leiter des Bundespolizeiaus- und Fortbildungszentrums, bei“, sagt der 25 Jahre alte Eugen. Er hat für die

Ausbildung bei der Bundespolizei sein „altes“ Leben in seiner Heimat Nordrhein-Westfalen hinter sich gelassen und ist zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn nach Eschwege gezogen.

„Es ist schon eine ganz schön große Umstellung für mich“, erzählt Eugen. „Der Tagesablauf ist durch den Stundenplan straff durchorganisiert. Viele Stunden verbringen wir mit theoretischem Unterricht wie Rechts- und Einsatzlehre. Da müssen wir besonders aufmerksam sein, da das grundlegende Wissen wichtig für unsere zukünftige Tätigkeit als Polizeibeamter ist. Man ist dann froh, wenn

durch den Sport und die praktischen Ausbildungsabschnitte ein bisschen Bewegung in die Sache kommt.“

„Gerade bei den sportlichen Aktivitäten, wie zum Beispiel beim Einsatztraining, muss man sich vor allem als Frau häufig beweisen“, sagt Anne Kathrin. „Aber gejamert hat bisher noch nie eine von uns Frauen, diese Blöße wollen wir uns vor den Jungs einfach nicht geben. Manchmal trainieren meine Zimmerkollegin und ich sogar heimlich in unserem Zimmer. Aber ich muss sagen, dass unsere männlichen Kollegen noch nie einen dummen Spruch gemacht haben – von wegen: „Frauen haben bei der Polizei nichts zu suchen!““

Der Berufsstart fordert von vielen Berufsanfängern enorme Veränderungen. Nicht nur die Umstellung auf geordnete Zeitabläufe, auch mit dem Unternehmen beziehungsweise mit der Behörde, den Strukturen und den Umgangsformen muss man sich vertraut machen.

„Ab und zu habe ich ehrlich gesagt auch Heimweh und vermisse meine Familie und Freunde“, sagt Anne Kathrin. „Selbst in Ruhe telefonieren ist unmöglich. In der Unterkunft hat man einfach keine Privatsphäre. Auch der ungestörte

Toilettengang ist wie ein „Sechser“ im Lotto. Daran muss man sich erst mal gewöhnen.“

Zu den besonderen Highlights des Ausbildungsbeginns gehört für viele Anwärter auch der Empfang der ersten Uniform.

„Es war das totale Chaos“, berichtet Eugen. „Unzählige Kartons mussten ausgepackt und die Kleidung auf Vollständigkeit und Passform überprüft werden.“

„Ich war megastolz darauf, das erste Mal die Uniform zu tragen“, erzählt Anne Kathrin. „Das Gefühl kann ich gar nicht mehr richtig beschreiben. Es war mir in diesem Moment völlig egal, dass die Frauenhosen unvorteilhaft geschnitten sind, das fällt mir erst jetzt so richtig auf. Ein Vorteil der Dienstbekleidung ist die Zeitersparnis bei der morgendlichen Auswahl der Kleider.“

Befragt nach besonders markanten Erlebnissen während der ersten 100 Tage bei der Bundespolizei geben beide die Schießausbildung und die Verteidigung an.

„Mit dem Thema Schießen habe ich oft meine Probleme“, berichtet Anne Kathrin. „Wenn mich meine Eltern am Wochenende darauf ansprechen, bekomme ich schon eine leichte Krise. Wenn ich meine Waffe in der Hand halte, muss ich oft daran denken, dass ich vielleicht mal andere Menschen verletzen oder sogar töten könnte. Obwohl der Respekt vor der Waffe überwiegt, macht mir das Schießen aber Spaß“, so Anne Kathrin.

„Ich hatte zwar auch ein bisschen Angst, aber im Großen und Ganzen war es großartig, in der Schießausbildung die Maschinenpistole MP5 in den Händen zu halten“, erzählt Eugen. „Aber als besonderes Highlight

Kennenlernen der Ausbildungsbereiche für Angehörige am 8. Oktober 2010, dem Tag der Verteidigung. Eugen Willer zeigt seiner Familie Führungs- und Einsatzmittel in der Waffenkammer.



ist mir unsere Verteidigungsfeier im Oktober 2010 in Erinnerung geblieben. Unsere Angehörigen hatten die Möglichkeit, unsere Unterkünfte und die verschiedenen Ausbildungsbereiche zu besichtigen. Außerdem waren verschiedene Führungs- und Einsatzmittel der Bundespolizei ausgestellt. Die Bundespolizei live und zum Anfassen!“

Bei der Verteidigungszeremonie wurde den Anwärtern höchste Disziplin abgefordert: in einer geschlossenen Formation marschieren und über eine Stunde auf der Stelle stehen, ohne sich zu bewegen. Das war nicht ganz einfach. Bei den Proben hatte der Kreislauf einiger weniger Kollegen versagt. „Aber Gott sei Dank ist bei der offiziellen Zeremonie dann alles gut gegangen. Es war für uns eine feierliche und unvergessliche Veranstaltung“, berichtet Eugen.

Das Resümee fällt positiv aus

„Wir haben in der kurzen Zeit schon sehr viel erlebt“, erzählt Eugen. Der Unterricht gefällt uns sehr gut und



Ein „notwendiges Übel“ – aber auch die Pflege der Waffen gehört zum Dienstalltag.

die unterschiedlichen Fächerkombinationen machen unsere Arbeitswoche spannend und abwechslungsreich.“

„Na ja, mit den Unterrichtsfächern ist das so eine Sache“, sagt Anne Kathrin. „Ich habe in manchen Fächern schon gemerkt, dass mir für einige Sachen ein gewisses Verständnis fehlt. Zum Beispiel haben wir eine Arbeit zum Thema „Funken“ geschrieben. Für die Jungs war die Technik des Funkgerätes das Einfachste, was

es gibt, und sie mussten nicht besonders viel lernen. Ich konnte mich für dieses Fach nicht ganz so begeistern und musste mich ganz schön zwingen, dafür zu lernen. Aber zusammenfassend kann auch ich sagen, dass die letzten 100 Tage sehr schön waren. Wir sind alle zusammengewachsen, und es haben sich auch schon enge Freundschaften entwickelt. Mir persönlich ist es sehr wichtig, dass mich meine Familie bei meinem weiteren Weg in der Bundespolizei unterstützt. Im Freundeskreis ist es leider nicht immer so. Ein guter Freund hat mich zum Beispiel schon mehrfach auf Videos bei YouTube hingewiesen, wo Situationen zwischen der Polizei und Demonstranten eskaliert sind und die Polizisten für ihn immer die Bösen waren. Meistens enden solche Situationen mit endlosen Diskussionen, die zu keinem Ergebnis führen. Nicht alle akzeptieren meinen neuen Job, aber ich glaube, das gehört einfach dazu, und man lernt auch langsam, damit umzugehen. Trotz allem bin ich mir immer noch sicher, dass dies die richtige Ausbildung für mich ist.“

Petra Schumacher
Stefanie Kuhn

Foto (Rubrikkbild): Brian J. Matis

Das Versorgungslager Hundstadt lieferte uns unzählige Kartons mit der ersten Dienstbekleidung. Wohin bloß mit den „tausend“ Sachen?



Wo stehen wir, Herr Minister?

Vier Fragen zu den Werthebach-Empfehlungen an Dr. Thomas de Maizière



kompakt: Herr Minister, im vergangenen Jahr haben Sie vor den Führungskräften der Bundespolizei gesagt, dass es bei der Überprüfung der Sicherheitsarchitektur des Bundes nicht darum geht, dass eine Behörde die andere schluckt. Sie sagten auch, dass die Bundespolizei keine Angst vor dieser Überprüfung haben müsse, es sei denn, sie habe Angst vor zusätzlichen verantwortungsvollen Aufgaben. Wie sehen Sie Ihre Äußerungen heute vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Werthebach-Kommission?

de Maizière: Ich stehe zu meinen Äußerungen auf der Führungskräfte tagung. Wenn wir heute über Aufgabenverteilung zwischen und Neuzuschneide von Behörden nachdenken, geht es nicht darum, dass eine Behörde die andere schluckt. Es geht um eine Verbesserung der Sicherheitsarchitektur. Beide Behörden haben ihre Aufgaben, ihr Profil und ihre Verdienste, das kann und wird ihnen niemand nehmen. Daraus ergeben sich aber auch keine Denkverbote.

kompakt: Die seit 2006 laufende Neuorganisation der Bundespolizei sollte unter anderem die Sicherheitsarchitektur an die aktuelle Gefährdungslage anpassen und die Effizienz steigern. Diese Reform ist noch nicht abgeschlossen. Nun steht wieder eine Neuordnung ins Haus. Führt man damit nicht die damals begonnene Neuorganisation ad absurdum?

de Maizière: Ganz im Gegenteil. Die Neuorganisation der Bundespolizei und die Einrichtung der Oberbehörde waren und sind die richtige Antwort auf eine veränderte Gefährdungslage. Diese vorgenommenen Organisationsänderungen sind eine gute Basis für die heutigen Überlegungen.

kompakt: Herr Minister, seit 60 Jahren können sich unsere Mitbürger auf die Bundespolizei und ihre Kompetenzen verlassen. In einer solchen Zeitspanne wächst natürlich eine Organisationsidentität und -kultur. Droht den Mitarbeitern der Bundespolizei möglicherweise wegen der nun bevorstehenden Neuordnung der Sicherheitsarchitektur ein Identitätsverlust?

de Maizière: Die Bundespolizei ist ein verlässlicher Partner in der deutschen Sicherheitsarchitektur mit wichtigen Aufgaben. Sie ist gewachsen und hat ihr Bild stetig verändert und den politischen Gegebenheiten angepasst. Denken Sie an den Einschnitt durch die Wiedervereinigung, die Übernahme neuer Aufgaben – Bahnpolizei – und die damit verbundene flächendeckende Aufstellung, jetzt an den Schengenbeitritt der letzten deutschen Anrainerstaaten und damit den Wegfall der letzten Landgrenze rund um Deutschland – das sind nur Beispiele, aber alleamt tiefe Einschnitte. Der dadurch ausgelöste Veränderungsprozess ist Teil der Entwicklung vom Bundesgrenzschutz zu einer modernen Polizeibehörde, und das ist ein fester Bestandteil der heutigen Organisationsidentität und -kultur. Das ist eine Stärke der Bundespolizei.

kompakt: Herr Minister, worauf müssen sich die Angehörigen der Bundespolizei in diesem Jahr bzw. in der Zukunft einstellen? Wo sehen Sie die Bundespolizei 2020?

de Maizière: Sie müssen sich darauf einstellen, dass auch in Zukunft das Leben Veränderung bringen wird. Ich sehe 2020 die Bundespolizei als eine hochmoderne, schlagkräftige Polizei. Das wird sie sein, wenn und weil sie nicht stehen bleibt, sondern sich weiter den Veränderungen in der Welt stellt und sich darauf ausrichtet. Es werden vielleicht neue Aufgaben hinzukommen, alte Aufgaben werden in den Hintergrund treten, und die Bundespolizei wird an den neuen Herausforderungen weiter wachsen.

Weitere Infos im Intranet unter:
<http://kompakt.polizei.bund.de>



Zugriffsvorbereitungen am frühen Morgen. Die BFE Blumberg in Berlin-Wedding

Dem „Onkel“ auf der Spur

Wie die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung (BPOLI KrimB) Bexbach ein internationales Schleuser- und Drogennetzwerk zerschlug

Ein Mehrfamilienhaus in Berlin-Wedding kurz vor sechs Uhr morgens. Acht dunkle Gestalten huschen durch das muffige Treppenhaus. Sie tragen schwarze Overalls, Schutzwesten und Helme. Die Plexiglasvisiere sind heruntergeklappt. Sie sind Angehörige der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) der Bundespolizei aus Blumberg (Brandenburg). Die alten Holzstufen ächzen unter ihren Stiefeln. Vor der Wohnungstür im dritten Stock halten die Beamten inne. Einheitsführer Jan M. schaut auf die Uhr. Noch zwei Minuten bis zum Zugriff. Er braucht nichts zu sagen. Seine Kollegen nehmen Aufstellung.

Die Hand am Pistolenholster. Jeder im Team weiß, was er zu tun hat. Sie sind Spezialisten – und schwere Jungs ihre Klientel. Wenn es gefährlich werden kann, ruft man Jan M. und seine Kollegen. Tausend Mal haben sie das Eindringen in eine Wohnung geübt und auch immer wieder bei echten Einsätzen unter Beweis gestellt. Die Anspannung bleibt trotzdem. Die acht Männer wissen nicht genau, was sie hinter der Holztür erwartet. Sie wissen nur, dass der Mann, den sie festnehmen wollen, gefährlich ist. Noch eine Minute – gleich muss alles ganz schnell gehen. Hinter der Wohnungstür bellt ein Hund.

500 Kilometer südwestlich – in einer Dienststelle der Bundespolizei am Stadtrand von Frankfurt am Main – schaut auch Andrea C. auf die Uhr. Sie ist die Leiterin der eigentlich in Bexbach ansässigen Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung. Die 40-jährigen Polizeioberrätin atmet tief durch. Um sie herum sitzen Frauen und Männer an Computermonitoren. Einige von ihnen telefonieren. An einer Wand hängen Bilder von grimmig aussehenden Männern. P1, P2 oder P 16 steht darüber. In der Mitte hängt ein größeres Porträt. Der Mann darauf schaut besonders grimmig. „Onkel“ steht unter dem Foto. Der Blick von Andrea C. wandert von einem Gesicht

zum anderen. Sie kennt diese Männer, weiß fast alles über sie. Wann sie ins Bett gehen, wer Stress mit seiner Frau hat, wie die Geliebte heißt. Andrea C. ist eine Jägerin, die Männer auf den Fotos sind die Gejagten. Sie wissen es nur nicht. Noch nicht.

Noch dreißig Sekunden. Fast 800 Polizisten und Zollfahndungsbeamte hören heute auf das Kommando der Inspektionsleiterin, darunter auch zahlreiche Beamte der anderen Beweissicherungs- und Festnahmeunterstützungen aus Hünfeld, Bayreuth und Spezialkräfte der Bundespolizei. In ganz Deutschland und in Belgien werden sie mehr als 60 Häuser, Wohnungen und Lagerhallen durchsuchen und die grimmig aussehenden Männer verhaften. 17 Haftbefehle haben die Staatsanwaltschaften in Kassel und Berlin ausgestellt. Vier Monate lang haben Andrea C. und ihre Kollegen Telefongespräche mitgehört, Verdächtige observiert, Beweise gesammelt, massenweise Überstunden produziert und dabei ein internationales Netzwerk von Schleusern und Drogenhändlern aufgedeckt. Der „Onkel“ ist der Kopf der Bande. Noch schläft er. „Bei seiner Geliebten“, weiß Andrea C. Vor deren Wohnung gehen Spezialkräfte der belgischen Polizei in Stellung. Und auch vor der Familienvilla, in der die Ehefrau des „Onkels“ nichts ahnend schläft. Andrea C. hat kaum geschlafen. Eine Stunde vielleicht – auf einer Matratze im Büro, wie alle Kollegen der Befehlsstelle: „So ist das eben in einer solchen Nacht“, sagt sie. „Trotz der jahrelangen Erfahrung ist man bei einem Einsatz dieser Dimension natürlich angespannt. Es darf nichts schief gehen. Dafür haben die Kollegen viel zu viel Arbeit investiert“, ergänzt sie und schaut auf die Uhr. Die Zeiger scheinen zu kriechen. Noch 15 Sekunden bis zum Zugriff.

„Zeit ist in solchen Momenten relativ, und in bestimmten Situatio-

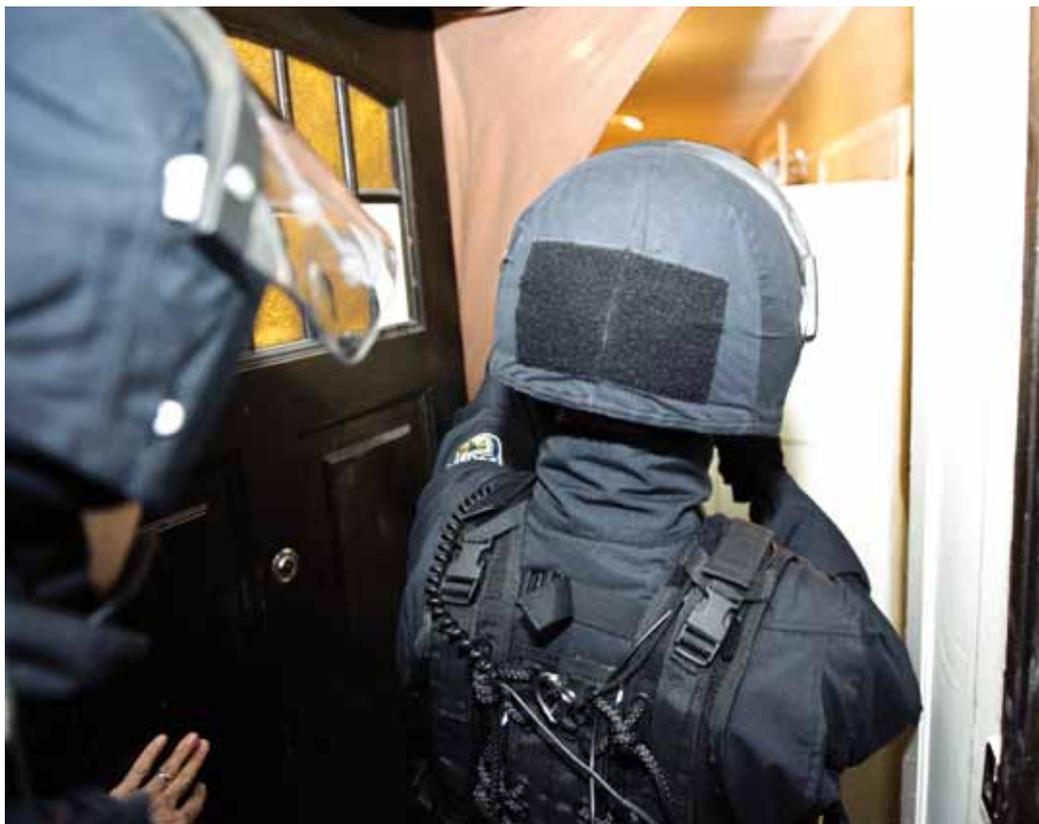
nen können Sekunden zu Stunden werden“, so Klaus B. Der Chef des Ermittlungsdienstes der „KrimB“ Bexbach und seine Kollegen haben seit

Beginn der Ermittlungen gegen den „Onkel“ und dessen Bande 120.000 Telefongespräche ausgewertet; mithilfe von Dolmetschern, denn die



Die BFE Hünfeld vor dem Zugriff: Dieser Schlüssel passt garantiert.

Die BFE Blumberg: Jetzt muss alles sehr schnell gehen.



Männer stammen aus der Türkei. „Das ist im Hinblick auf die Anzahl der Haftbefehle und der zu durchsuchenden Wohnungen eines der größten und ereignisreichsten Verfahren, die wir hier seit Langem hatten“, sagt der 43-Jährige nicht ohne Stolz. Danach sah es anfangs aber noch gar nicht aus. Erst ging es um eine geplante Schleusung von 50 Kurden und den Handel mit gefälschten Papieren. Kriminalistische Puzzlearbeit, Telefonüberwachung und monatelange Observationen offenbarten dann die Dimensionen des Netzwerkes, an dessen Fäden der „Onkel“ in der belgischen Gemeinde Essen an der niederländischen Grenze zieht. Nicht nur Schleusungen im großen Stil plante die Bande, auch der Schmuggel mit Cannabis gehörte zu ihren Aktivitäten. Deshalb holte Andrea C. das Zollfahndungsamt Frankfurt mit ins Boot. Eine gemeinsame Ermittlungsgruppe wurde gegründet – ganz formell, mit Kooperationsvertrag. Die Leitung blieb beim „KrimB“-Team in Bexbach.

„Wir genießen bei den Partnerbehörden einen exzellenten Ruf. Das liegt an der hohen Motivation der Mitarbeiter und der Qualität unserer Arbeit: effektiv, schnell, mit kurzen Entscheidungswegen. Wir haben Erfolg, weil wir hoch flexibel sind, denn wir müssen uns komplett am Täterverhalten orientieren. Ein großer Vorteil ist dabei, die Ermittler und die Observierer unter einem Dach zu haben“, erklärt die Chefin.

Genauere Erkenntnisse über das Täterverhalten liefern die Fahndungs- und Observationseinheiten der Mobilen Fahndungseinheit (MFE). Aus dem Verborgenen folgen sie den Tätern, klären deren Vorgehensweise auf, observieren geheime Treffen. Ihre Mitglieder sind „die Augen“ der Ermittler. Carsten H. ist einer der Observationsleiter. Im engen Zusammenspiel mit den Ermittlerkollegen fanden die

Observationseinheiten heraus, dass der „Onkel“ Gruppen von Händlern in Kassel und Berlin durch Kuriere mit Cannabis versorgte. Diese deutschen Teile des Netzwerks verkaufen die Drogen dann an weitere Abnehmer.

Das Team von Carsten H. bleibt den mutmaßlichen Schleusern und Drogenhändlern stets auf den Fersen. Gar nicht so einfach, denn die kennen viele Tricks, um herauszufinden, ob „Verfolger“ ihnen auf den Fersen sind. Aber für die „Verfolger“ lief alles perfekt in den letzten Monaten. Zum Schein wurden gefälschte Papiere gekauft. Zusammen mit dem Zoll wurden zahlreiche Kuriere des „Onkels“ abgefangen. Dabei stellten die Bundespolizisten 160 Kilo Marihuana sicher. „Wir brauchten Beweise, durften aber unser Verfahren nicht preisgeben, damit die Bandenmitglieder nicht misstrauisch werden und sich ins Ausland absetzen“, erklärt Andrea C.. Doch davon kann jetzt keine Rede sein – die Chefin weiß, wo jede einzelne Zielperson sich zu diesem Zeitpunkt aufhält. „Wir haben jede von ihnen ins Bett gebracht“, scherzt MFE-Chef Carsten H.

Punkt sechs Uhr im dritten Stock des Mehrfamilienhauses im Berliner Wedding. BFE-Führer Jan M. haut

gegen die Holztür und ruft: „Aufmachen, hier ist die Polizei!“ Auf der anderen Seite der Tür ist nur das Kläffen des Hundes zu hören. Jan M. drückt den Klingelknopf und hämmert weiter gegen die Tür. In der Wohnung sind Schritte zu hören. Ein Mann, nur mit einer blauen Unterhose bekleidet, öffnet die Tür. Hinter ihm steht eine Frau. Beide wirken überrascht. Dann geht alles ganz schnell. Nur ein paar Sekunden später liegt der Mann bäuchlings auf dem Boden im Flur seiner Wohnung. Ein Polizist kniet auf ihm, hält ihn fest. Der eben noch kläffende Hund, eine französische Bulldogge, hat sich in das Hosenbein eines Beamten verbissen. Vor der Lebensgefährtin des mutmaßlichen Drogenhändlers baut sich ein anderer BFE-Mann auf. „Sicher, sicher, sicher!“, tönt es aus den anderen Zimmern. Die BFE hat die Lage im Griff.

Das Handy von Andrea C. piepst. Eine SMS. Der knappe Inhalt: „06:05 Uhr, Onkel verhaftet.“ In der Befehlsstelle in Frankfurt ist von der anfänglichen Anspannung nichts mehr zu spüren. Aus den anderen Orten, in denen festgenommen und durchsucht wird, treffen ähnliche Nachrichten ein. „Zielperson verhaftet“, „Objekt gesichert“, „Durchsuchung läuft“. Einer der größten Einsätze der „KrimB“ in

In Berlin stellten die Beamten eine Schreckschusspistole, SIM-Karten sowie größere Mengen Marihuana sicher.





Der Führungsraum KrimB Bexbach. Hier laufen alle Informationen zusammen.

Bexbach scheint ein voller Erfolg zu sein. Jetzt heißt es erst einmal Fakten sammeln und Beweise sichern. Für die Polizisten besonders spannend: Was für Beweise finden die Ermittler? Woher kommt das Cannabis? Hat der „Onkel“ tatsächlich eine eigene Plantage, in der er und seine Leute die Droge anbauen? Aufklärungsergebnisse der belgischen Polizei deuten darauf hin. Bei einem Aufklärungsflug über die belgische Gemeinde Essen hatte die Wärmebildkamera ein besonders warmes Areal in einer Lagerhalle identifiziert. 42 Grad – die ideale Temperatur für den Anbau von Hanfpflanzen. „Die Zusammenarbeit mit den Belgiern läuft großartig“, findet Andrea C.

So sieht das auch Polizeihauptkommissar Oliver V. Der stellvertretende Leiter des Ermittlungsdienstes ist in

das belgische Städtchen in der Provinz Antwerpen gereist. Zusammen mit den belgischen Spezialkräften koordiniert er die Durchsuchungsmaßnahmen an diesem Morgen. Kurz nachdem der „Onkel“ in der Wohnung seiner Geliebten verhaftet worden ist, durchsuchen Oliver V. und belgische Beamte das Wohnhaus der Familie des „Onkels“. Hinter den Fliesen im Badezimmer kommen 30.000 Euro zum Vorschein. Ein belgischer Geldspürhund hat das Versteck entdeckt. Jetzt ist die ominöse Lagerhalle dran. Ein echter Volltreffer. Auf 1.000 Quadratmetern wachsen und gedeihen bei tropischen Temperaturen 1.200 Hanfpflanzen. „Allein die Pflanzen sind 120.000 Euro wert. Mit einer Ernte hätte die Bande vermutlich etwa 300.000 Euro verdienen können. „Ein großer Wurf“, kommentiert Oliver V. den Fund.

Im Berliner Wedding hat BFE-Führer Jan M. unterdessen dem Beschuldigten die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft und den Durchsuchungsbefehl vorgelesen und ihn über seine Rechte belehrt. Im Schlafzimmer packt die Lebensgefährtin Bekleidung in eine Sporttasche. Auf dem Boden daneben spielt ein kleiner Junge. Auch die Bulldogge hat sich beruhigt. Der Rest des BFE-Teams und Ermittlungsbeamte haben die Wohnung des mutmaßlichen Drogenhändlers bereits auf den Kopf gestellt. Sie finden größere Mengen Marihuana und eine Schreckschusspistole. Gleich kommt der Gefangenentransport. In einigen Stunden wird auch dieser Einsatz beendet sein. Doch der nächste lässt bestimmt nicht lange auf sich warten ...

In den Räumen der „KrimB“ am Stadtrand von Frankfurt ist es ruhiger geworden. Jetzt kommt der Papierkram: Beweise katalogisieren, die Akten für die Staatsanwaltschaft vorbereiten. Andrea C. ist zufrieden: „Ich bin echt stolz auf alle meine Mitarbeiter. Vier Monate haben wir zusammen geackert, und keiner hat sich geschont. Es macht wirklich Spaß, mit diesem Team zu arbeiten!“

Kristian Veil



Der HOD – tatsächlich „bezahlter Urlaub“?

18

Der Hausordnungs- und Objektschutzdienst an deutschen Auslandsvertretungen

Wer hat schon elf Monate bezahlten Urlaub am Stück? Wenn man diese Frage in der Bundespolizei stellt, bekommt man von vielen Seiten nur eine – und dazu ironische – Antwort: die Kollegen vom Hausordnungs- und Objektschutzdienst (kurz: HOD) bei den deutschen Auslandsvertretungen.

Diese Einstellung resultiert aus der Unwissenheit über die Arbeit der Kollegen im Ausland. Der „Objektschutzdienst“ wird nur mit dem Bild eines Pförtners verbunden. Dass unsere Kollegen im Ausland aber viel mehr sind als das, das sieht man erst bei genauerer Betrachtung.

Schauen wir uns zum Beispiel Jörg Mohaupt von der Bundespolizeiins-

pektion Kassel an. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und befindet sich momentan in seiner 6. Verwendung für das Auswärtige Amt (AA) als HOD für drei Monate in Warschau. Vorher war er elf Monate in Moskau, Budapest, Phnom Penh und Almaty sowie drei Monate in Minsk. Keine typischen Urlaubsziele! „Außerdem darf die Familie nicht mit mir im Ausland leben. Diese Trennung geht natürlich nur, wenn die Familie hinter einem steht“, so Mohaupt.

Und auch die Aufgaben sind keine einfachen Pförtner Tätigkeiten. Der HOD ist für die Sicherheit an der jeweiligen Botschaft verantwortlich. Er hat die Fachaufsicht über die lokalen Sicherheitskräfte und koordiniert die Sicherheitsmaßnahmen. „Wir schrei-

ben aber auch die Dienstpläne und sind für die Urlaubsplanung des lokalen Sicherheitspersonals zuständig“, erklärt Mohaupt. „An den meisten Botschaften ist der HOD der einzige Schlüsselträger, der am Morgen die Botschaft aufschließt und die Sicherheit feststellt.“

In insgesamt 72 Ländern sind ca. 207 Beamte der Bundespolizei als HOD-Kräfte eingesetzt. Gemeinsam mit dem Bundespolizeipräsidium entscheidet das Bundesinnenministerium über die Anträge des AA – von der Anzahl der eingesetzten Kräfte bis zu den Einsatzländern. Dabei wird nicht jedem Antrag zugestimmt. Insbesondere in Krisensituationen muss man entscheiden, ob entweder zusätzliche HOD-Kräfte, die Kollegen vom SIK

Bundespolizisten des Hausordnungs- und Objektschutzdienst reden mit den lokalen Sicherheitskräften an der deutschen Botschaft in Sanaa/Jemen



(Schutz deutscher Auslandsvertretungen in Krisengebieten) und/oder die GSG 9 eingesetzt werden.

Die Kollegen der Bundespolizei sind für ihren freiwilligen, maximal elfmonatigen Einsatz dem AA unterstellt. Dabei sind höchstens 4 Einsätze vorgesehen. Im Anschluss kann man noch für 2 Jahre in einem „Pool“ bleiben und für kurzfristige, bis zu dreimonatige Einsätze zur Verfügung zu stehen. Diese Einsätze können zum Beispiel durch Krisensituationen oder krankheitsbedingte Ausfälle von Kollegen entstehen. Danach ist die HOD-Zeit aber endgültig vorbei.

Doch warum wird auf die erfahrenen Kollegen nicht weiterhin zurückgegriffen? Klaus Müller, zuständiger Sachbearbeiter im Bundespolizeipräsidium, erklärt: „Wir greifen auf die Erfahrungen der Kollegen insoweit zurück, dass wir bei der Erst- und Zweitverwendung normalerweise einfachere Einsatzgebiete auswählen und erst bei späteren Verwendungen die Kollegen in schwierigeren Gebieten zum Einsatz kommen. Aber das Hauptargument für die begrenzte Verwendung ist die Gleichberechtigung: Das HOD-Programm ist beliebt und um vielen die Teilnahme zu ermöglichen, müssen wir irgendwo eine Grenze ziehen. Wir haben aber die Möglichkeit von maximal drei auf vier Verwendungen erweitert.“

Jörg Mohaupt blickt gern zurück auf seine Auslandseinsätze: „Ich habe viele neue Menschen und Kulturen kennengelernt und Freundschaften geschlossen. Gerade in Südostasien habe ich gesehen, dass man auch mit wenig Geld glücklich sein kann.“

Die Arbeit als „HOD“ ist kein Urlaub. Auch unter schwierigen Umständen versehen die Kollegen ihren Dienst. Kürzlich wurde einem „HOD“ während einer Veranstaltung auf dem Botschaftsgelände bei der

Durchsetzung des Hausrechtes die Nase gebrochen. Aber auch ein „HOD“ kommt irgendwann nach Deutschland zurück, und da ergeben sich neue Probleme. Er hat die Kollegen sozusagen „11 Monate im Stich gelassen“, denn die mussten seine Arbeit erledigen. Aber auch die Arbeit im Ausland ist eine wichtige und notwendige Aufgabe, für die die Bundespolizei bereits seit 1974 Kollegen zum AA abordnet.

Doch diese Probleme sind nicht die einzigen. Der Kollege bekommt von der Botschaft einen Beurteilungsbeitrag, welcher in vielen Fällen für die dienstliche Beurteilung in Deutschland wenig berücksichtigt wird; wobei angemerkt werden muss, dass die Beurteilungen des AA nicht mit denen der Bundespolizei vergleichbar sind. „Selbstverständlich möchte der Kanzler der Botschaft als Leiter der Verwaltung die gezeigten Leistungen würdigen und sicherstellen, dass der Kollege auch weiter als „HOD“ verwendet wird. Natürlich werden aber auch Leistungen, die nicht den Anforderungen entsprechen, benannt. Manchmal erreichen uns sogar Dankschreiben von Botschaftern. Unlängst telefonierte ich mit einem Dienstgruppenleiter vom Flughafen Tegel in Berlin, um ihm ein Feedback über einen zurückkehrenden Beamten zu geben. Der DGL war bestens im Bild, telefonierte regelmäßig mit seinem Mann im Ausland und wusste um dessen Sorgen. Perfekt! Wer weiß denn schon, dass unsere Kollegen vor Ort teilweise unter



Jörg Mohaupt (links) an der deutschen Botschaft in Minsk

schwierigsten Umständen, manchmal regelrecht eingesperrt, die Sicherheit der Vertretung organisieren? Selfmanagement wird großgeschrieben. Und auch wenn Familienheimfahrten zwar grundsätzlich möglich sind, so entfallen diese kurzerhand, wenn eine Krisensituation auftritt,“ so Müller.

Der Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums, Matthias Seeger, würdigte bei der Feierstunde für die Teilnehmer an internationalen Polizeimissionen im Januar auch die Kollegen des HOD. „Der Hausordnungs- und Objektschutzdienst ist eine wichtige Form des internationalen Engagements, welches ich heute nicht außer Acht lassen möchte,“ so Seeger.

Jörg Mohaupt: „Ich bereue die Entscheidung nicht, am HOD-Programm teilzunehmen – auch wenn der eine oder andere beurteilungsmäßig an mir vorbeigezogen ist. Meine Erfahrungen und Eindrücke werden mir stets im Gedächtnis bleiben. Wer kann schon seinen Enkeln später einmal erzählen, dass er in verschiedenen Ländern der Welt gelebt und gearbeitet hat?“

Notfall? Du hilfst – ich auch!

Münchner trainieren Zivilcourage und Selbstsicherheit

20

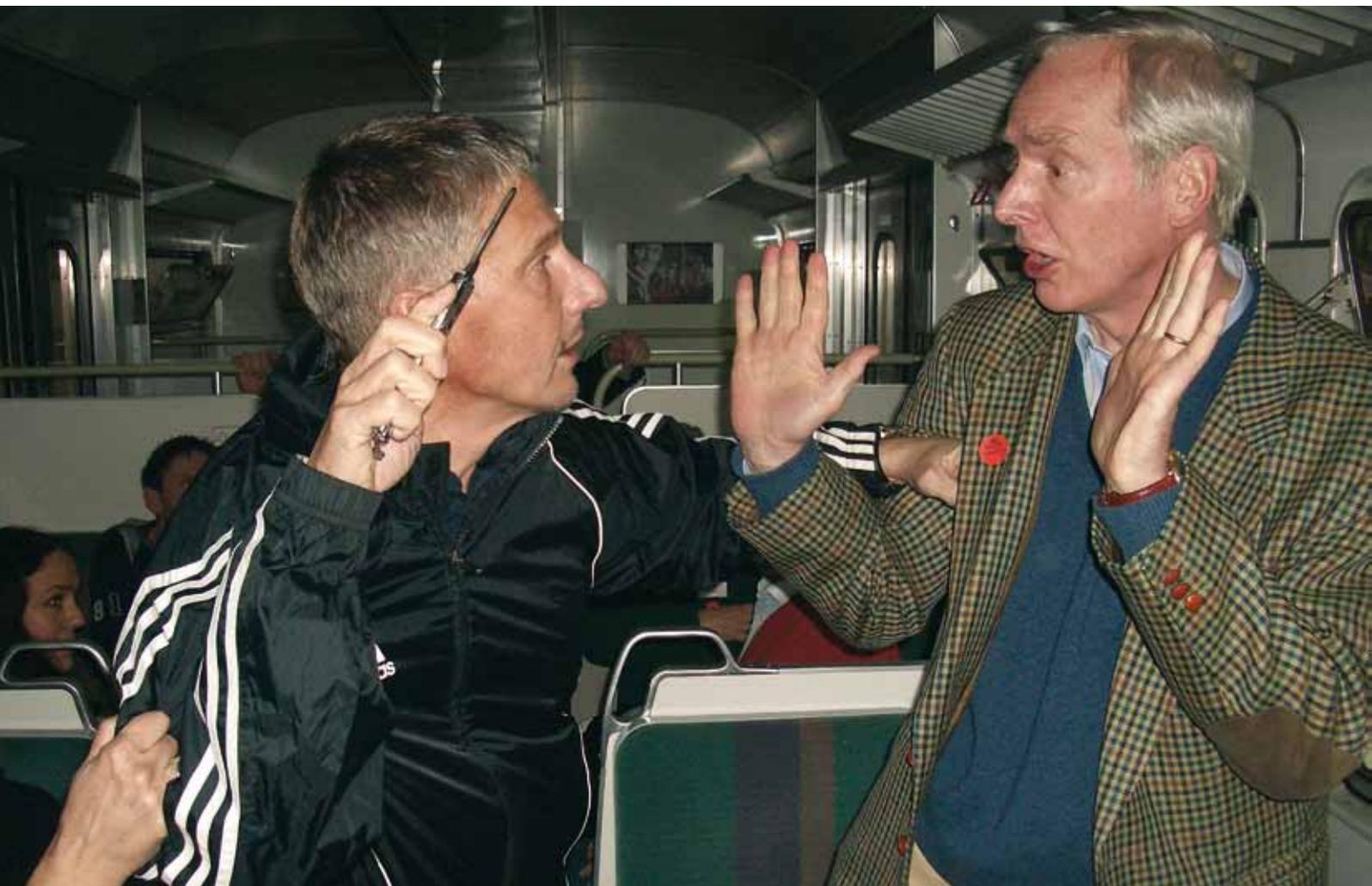
Während der Be-
trunkene mit der Bierflasche in der Hand durch das Abteil torkelt, wenden die Fahrgäste einer nach dem anderen die Gesichter von ihm ab. Auch als sich der Trunkenbold lallend neben einer jungen Frau niederlässt und anfängt, sie zu begripschen, bleibt es ruhig im Zug. Niemand sagt, niemand tut etwas. Selbst die belästigte Reisende ist still. Zaghafte und unbeholfene Versuche, den aufdringlichen Händen auszuweichen. Warum ist das so? Warum tun wir alle nicht mehr? Und wie kann man sich eigentlich in solchen Situationen wirksam wehren?

Eine plausible Antwort auf diese Fragen und viele praktische Verhaltenstipps geben den 14 Teilnehmern des Zivilcouragetrainings die beiden Münchner Bundespolizisten Hans-Werner Faust und Hartmut Brach. Nein, Patentlösungen werden in der vierstündigen Veranstaltung an einem verschneiten Dezembernachmittag, in der die soeben beschriebene Szene in einem Zugwagen im Verkehrszentrum des Deutschen Museums realitätsnah nachgestellt wurde, nicht angeboten. Was die Beamten vermitteln, ist aber einen Einblick in die sonst eher im Verborgenen liegenden Beweggründe und Mechanismen des menschlichen Verhaltens in

unangenehmen, bedrohlichen oder gar lebensgefährlichen Situationen. Situationen, die jederzeit und überall, etwa während einer S-Bahnfahrt, vorkommen könnten.

Als die Trainer zusammen mit den Seminarteilnehmern eine Übungsepisode nach der anderen nachspielen und analysieren, wird allmählich klar: Zivilcourage heißt vor allem, eine Konfrontation zu vermeiden, die beginnende Gewaltspirale zu erkennen und rechtzeitig zu unterbrechen. Genauso falsch wie das Wegsehen und Nichtstun ist es, einen Helden zu mimen und sich dadurch unnötig in Gefahr zu begeben. Zumeist ist es auch falsch,

Obwohl die Seminarteilnehmer wissen, dass die Situation nur gespielt wird, erschauern sie angesichts der Messerattacke; Entsetzen und Angst spiegeln sich in ihren Augen. Trainer Hans-Werner Faust von der Bundespolizeidirektion München (links im Bild, mit Messer in der Hand): „Wenn der Räuber Sie mit einem Messer bedroht, während er Ihre 1000-Euro-Uhr verlangt, geben Sie sie ihm. Spielen Sie nicht den Helden, denn nichts ist so wertvoll, dass Sie dafür Ihr Leben riskieren sollten!“





„Schauen Sie sich den Täter genau an, prägen Sie sich möglichst viele Merkmale ein – Größe, Alter, Statur, Haare, Kopfform, Gesicht, Kleidung und mehr – und rufen Sie im Notfall sofort die Polizei!“, appelliert Hartmut Brach von der Bundespolizeiinspektion München (links im Bild) an die Seminarteilnehmer.



„Am meisten haben mir die praktischen Übungen gefallen – und geholfen“, so das Fazit von Doris Maier aus Regensburg. „Erschreckt hat mich die lange Reaktionszeit der nicht direkt betroffenen Fahrgäste – auch meine eigene. Ich habe aber auch gelernt, dass es manchmal besser sein kann, sich zurückzunehmen, statt es zwar gut zu meinen, aber provozierend zu wirken und dadurch eine sich anbahnende Konfrontation anzuheizen.“



„Besonders viel habe ich von den sehr realistischen Rollenspielen in der authentischen Umgebung profitiert“, meint Sylvia Hladky aus München. „Man meint zwar, alles zu wissen, doch wenn es darauf ankommt, reagiert man oft nicht oder zu spät: In einer gefährlichen Situation erstarrt man dann, statt zu handeln. Die praktischen Übungen, die Möglichkeit, es selbst zu spüren und zu analysieren, was angesichts einer Notlage in einem Menschen vorgeht, haben mir sehr geholfen.“

sich während eines Konflikts restlos auf den Störenfried zu konzentrieren. Viel wichtiger ist es, sich um das Opfer zu kümmern – etwa indem man es aus der Gefahrenzone holt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Geschehen lenkt, die Polizei ruft und dadurch dem Täter die Sinnlosigkeit seines Vorhabens signalisiert. Eingreifen? Ja! Aber mit Bedacht und ohne die Gefahr zu potenzieren, sagen die Bundespolizisten. Sie geben auch Ratschläge, wo man in einem Zugwagen am sichersten sitzt oder steht – zum Beispiel in der Nähe von Notrufanlagen oder an Stellen mit freiem Fluchtweg.

Dass das Seminar ein voller Erfolg ist, zeigt das Abschlusstraining: Als der „Betrunkene“ das Abteil zum letzten Mal an diesem Nachmittag betritt, suchen sich die Fahrgäste einen anderen, sicheren Platz und lassen den Mann mit der Bierflasche allein zurück. Schließlich sinkt er auf einen einsamen Sitzplatz. In seiner Nähe ist niemand mehr, den er anpöbeln könnte. Die Trainer loben: Eine Konfrontation zu vermeiden, ist immer besser, als einen Kampf zu provozieren – selbst dann, wenn man ihn gewinnen sollte. Auch das ist Zivilcourage.

Thomas Borowik

Mehr wertvolle Verhaltenstipps gibt es auf der Homepage der Polizeilichen Kriminalprävention www.aktion-tu-was.de

- Ich helfe, ohne mich selbst in Gefahr zu bringen.
- Ich fordere andere aktiv und direkt zur Mithilfe auf.
- Ich beobachte genau, präge mir Tätermerkmale ein.
- Ich organisiere Hilfe unter Notruf 110.
- Ich kümmere mich um Opfer.
- Ich stelle mich als Zeuge zur Verfügung.



Deutsche und polnische Polizisten gemeinsam am Grenzübergang Gubinek

Der polnische Grenzschutz – Sicherheit zwischen Tradition und Moderne

„Dzień dobry, Straż Graniczna, proszę pokazać dokumenty“¹

Die meisten europäischen Touristen wissen, dass sie während einer Reise durch Polen von blau gekleideten Beamten der Polizei zur Kontrolle angehalten werden können. Grüne Uniformen hingegen rufen immer wieder Verwunderung hervor. Dabei sind Zweifel völlig unbegründet, schließlich handelt es sich um Beamte des polnischen Grenzschutzes.

Der Grenzschutz ist als einheitliche, uniformierte und bewaffnete polizeiliche Formation am 16. Mai 1991 anstelle der dem Ministerium für

Nationale Verteidigung unterstehenden Grenztruppen gebildet worden. Die Formation ist dem Ministerium für Innere Angelegenheiten und Verwaltung unterstellt und beschäftigt nahezu 17.000 Beamte und 4.000 zivile Mitarbeiter.

Struktur

Die Hauptkommandantur des Grenzschutzes hat ihren Sitz in Warschau. Territorial ist der Grenzschutz in Abteilungen (10) und Dienststellen (109) aufgeteilt. Die Ausbildung der Beamten erfolgt in drei Zentren: in Koszalin, Kętrzyn und Luban.



Wappen des polnischen Grenzschutzes

¹ „Guten Tag, Grenzschutz, Ihre Dokumente bitte!“

Mit dem vollständigen Beitritt Polens zum Schengen-Gebiet am 21. Dezember 2007 haben sich Struktur und Aufgaben erheblich verändert. Polen hat einen großen Abschnitt Binnengrenze (mit Deutschland, Tschechien, der Slowakei und Litauen), schützt aber auch einen vergleichbar großen Abschnitt der Außengrenze (Gebiet Kaliningrad, Weißrussland, Ukraine, aber auch in den See- und Flughäfen).

Zum Schutz der Grenze

Zu den Hauptaufgaben des Grenzschutzes gehört die Organisation und Durchführung der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs, der Schutz der sogenannten „grünen“ und „blauen“ Grenze, die Vorbeugung, Aufklärung und Verfolgung von

Straftaten im Zusammenhang mit dem Grenzübertritt, der Schutz der Grenzzeichen, die Verhinderung des grenzüberschreitenden Transports von schädlichen Abfällen, chemischen Substanzen, Waffen, Munition, Sprengstoffen und Betäubungsmitteln, die Verhinderung der Ausfuhr von historisch wertvollen Objekten, die Erteilung von Erlaubnissen zum Grenzübertritt (auch von Visa) sowie die Übernahme und Übergabe von Personen aufgrund von Rückführungsübereinkommen und des Dublin-II-Abkommens.

See- und Flughäfen

Eine besondere Form des Dienstes ist die Tätigkeit des Grenzschutzes in den See- und auf den Flughäfen. Neben der Kontrolle von Dokumenten

bei der Grenzabfertigung übernehmen die Beamten des Grenzschutzes auch die Sicherheitskontrolle von Personen und Gepäck und schützen die Grenze durch die Beobachtung von Flugzeugen, die in geringer Höhe die Staatsgrenze überfliegen. Außerdem beaufsichtigt der Grenzschutz die Nutzung der polnischen Seegebiete und die Einhaltung der auf diesen Gebieten geltenden Vorschriften durch die Schiffe.

Im Landesinneren

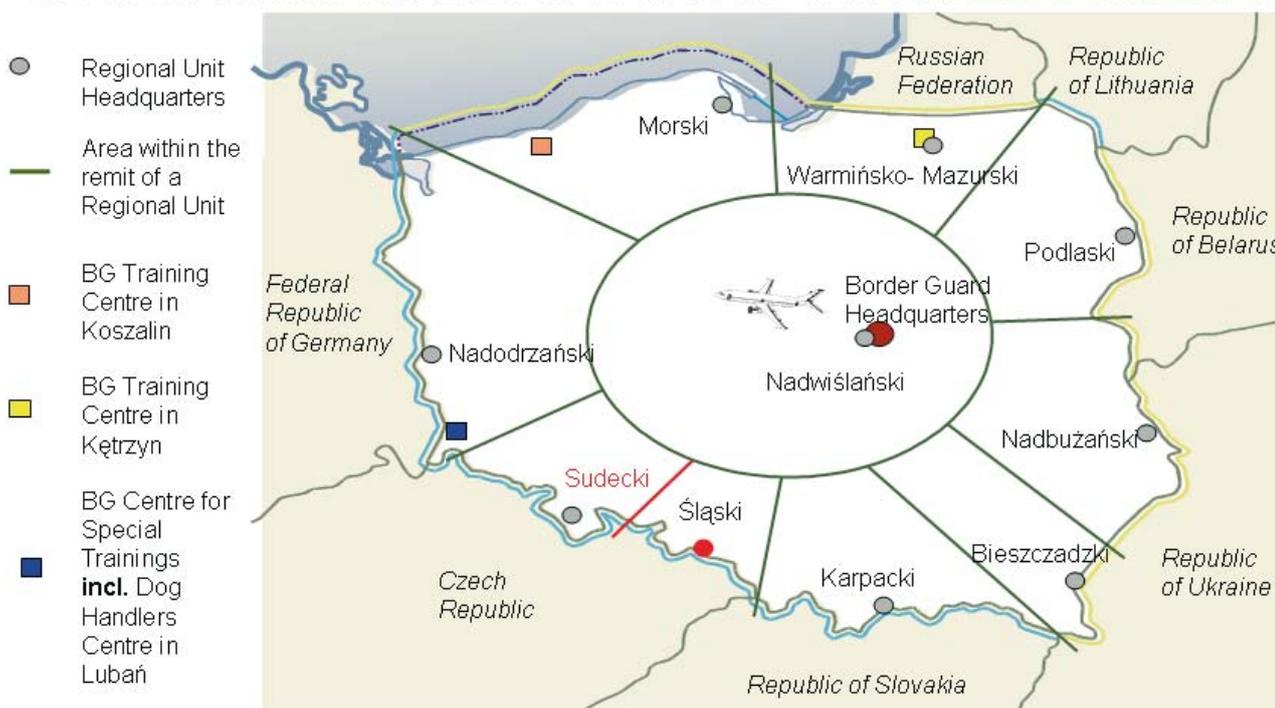
In einer Situation der fehlenden stationären Grenzkontrollen versieht der Grenzschutz seinen Dienst mobil; er kann sich im gesamten Land bewegen. Zu den grundlegenden Aufgaben des Grenzschutzes gehören hier der Schutz vor Kriminalität auf den



THE BORDER GUARD OF THE REPUBLIC OF POLAND



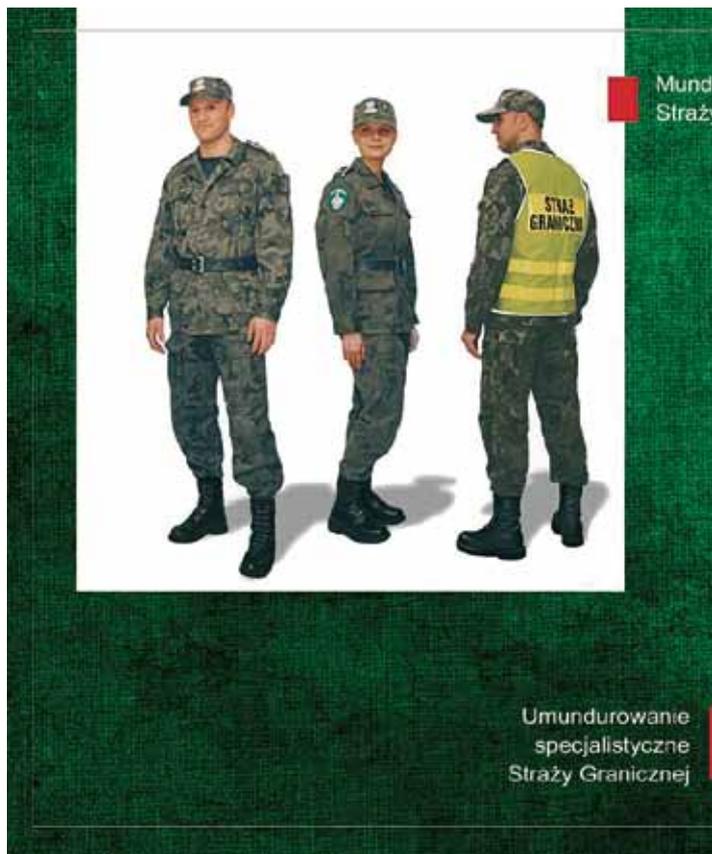
AN ORGANISATIONAL STRUCTURE OF THE POLISH BORDER GUARD



Strengthening Capacities and Cooperation and Identification of Forged and Falsified Travel Documents at the Moldova – Romania Border



internationalen Verkehrswegen, Maßnahmen zur Aufklärung und Abwehr terroristischer Gefahren sowie die Kontrolle der Legalität des Aufenthaltes und der Ausführung einer Erwerbstätigkeit durch Ausländer auf polnischem Hoheitsgebiet. Diese letztgenannte Aufgabe gewinnt immer mehr an Bedeutung angesichts des vereinfachten Verfahrens der Zulassung von Bürgern der Ukraine, Weißrusslands, Russlands, Moldawiens und Georgiens zum polnischen Arbeitsmarkt auf der Grundlage von Absichtserklärungen polnischer Arbeitgeber zur Übertragung von Arbeit an Ausländer. Einige Ausländer missbrauchen oft ganz bewusst diese Prozedur, um einen polnischen Aufenthaltstitel zu erlangen, welcher ihnen die Einreise in das Schengen-Gebiet ermöglicht. Nach dem Grenzübertritt versuchen



Feld-/Mehrzweckanzug des polnischen Grenzschutzes (links); Uniformen des polnischen Grenzschutzes für Spezialeinheiten (rechts)

einige – statt sich zum Ort ihrer legalen Beschäftigung zu begeben –, sich im Schengen-Gebiet frei zu bewegen und eine illegale Arbeit in anderen EU-Staaten aufzunehmen. Dank der im Jahr 2009 erlangten Befugnisse kann der Grenzschutz Verwaltungsanktionen gegen rechtsverletzende Ausländer verhängen und sie auch zum Verlassen des polnischen Hoheitsgebietes verpflichten. Durch diese

Möglichkeit des „autarken“ Handelns ohne Hinzuziehung anderer Behörden konnte die Anzahl und Effektivität der durchgeführten Kontrollen erhöht werden. Dadurch wurde der Grenzschutz zur alleinigen Migrationsbehörde in Polen, die alle negativen Migrationserscheinungen im gesamten Land nicht nur erkennen, sondern auch bekämpfen kann. Für eine effektive Durchführung der Auslieferungsprozesse für Ausländer vom Hoheitsgebiet der Republik Polen versieht der Grenzschutz seinen Dienst in sechs bewachten Ausländerheimen und acht Auslieferungshaftanstalten.

Lagezentrum des Gemeinsamen Zentrums in Świecko



Zusammenwirken

Auf der Grundlage bilateraler Abkommen und Vereinbarungen führt der Grenzschutz gemeinsame Streifen zu Land, auf dem Wasser und in der Luft mit deutschen, tschechischen, slowakischen und litauischen Kollegen durch. Diese Streifen bringen spürbare Ergebnisse sowohl in Form von Festnahmen als auch in präven-

tiver Hinsicht. Daneben werden viele Maßnahmen außerhalb gemeinsamer Streifen koordiniert, es finden regelmäßige Arbeitstreffen, Hospitationen, Sprachkurse u.Ä. statt.

Gemeinsame Zentren und Kontaktdienststellen

Eine besondere Form der Zusammenarbeit mit den Behörden der Nachbarländer stellt die Tätigkeit der Kontaktdienststellen, Beratungsstellen und Gemeinsamen Zentren dar.

Eine erste Dienststelle dieser Art entstand 1998 an der polnisch-deutschen Grenze mit der Kontaktstelle des polnischen Grenzschutzes und des Bundesgrenzschutzes. Auf dieser Grundlage wurde im Dezember 2007 in Świecko das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit eröffnet, in dem drei polnische Behörden (Grenzschutz, Polizei und Zollverwaltung) sowie fünf deutsche Behörden (Bundespolizei, Landespolizeien Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie die Zollverwaltung) zusammenarbeiten. Das Gemeinsame Zentrum ist derzeit die größte Dienststelle dieser Art in Polen, und zwar sowohl in Bezug auf die Personalanzahl (65 Mitarbeiter) als auch das Anfrageaufkommen (etwa 14.000 jährlich). Durch die schnelle

und effiziente Informationsübermittlung wurde das Zentrum zum Hauptkanal für den Informationsaustausch zwischen polnischen und deutschen Behörden. Es vereint sprachliche und fachliche Kompetenz in sich.

Für die Effektivität der Tätigkeit des Gemeinsamen Zentrums spricht zum Beispiel ein Ereignis vom 2. Juli 2010: Die Grenzschutzdienststelle in Terespol übermittelte die Information, dass sich in einem Zug auf der Strecke Warschau – Berlin Ausländer befänden, die Dokumente mit sich



Feierliche Ernennung von Offizieren in der Grenzschutzschule des polnischen Grenzschutz (COSSG) 2011 in Koszalin

führten, welche sie ausschließlich zum Aufenthalt in Polen berechtigten. Diese Information wurde durch das Gemeinsame Zentrum an die zuständige Dienststelle der Bundespolizei weitergeleitet, die dann auf deutscher Seite in dem Zug eine vierköpfige tschetschenische Familie (zwei Erwachsene und zwei Kinder) festnehmen konnte.

Beamte des Grenzschutzes versehen ihren Dienst auch in vergleichbaren Zentren an der slowakischen, tschechischen und litauischen Grenze sowie in Beratungsstellen an der ukrainischen Grenze.

Tradition und Modernisierung

Wie die Mehrzahl der europäischen Polizeiformationen befindet sich auch der Grenzschutz aktuell in einer Phase der Umgestaltung und Modernisierung. Besonders die Außengrenze wurde durch moderne Technik, Gebäude und Dienstfahrzeuge gestärkt. An der Binnengrenze dauert der Prozess der Zusammenlegung von Dienststellen an, da angestrebt wird, dass die Grenze zu jedem Nachbarstaat von jeweils einer Abteilung geschützt und ein Teil der Dienststellen ins Landesinnere verlegt wird. Ziel ist es, alle mit der illegalen Migration verbundenen Erscheinungsformen effektiver aufzuklären und zu bekämpfen. Dieser Prozess der Umgestaltung soll bis zum Jahr 2015 abgeschlossen sein.

In seinem Blick nach vorn vergisst der Grenzschutz aber auch seine Vergangenheit und Traditionen nicht. Eine der besonders feierlich begangenen Gelegenheiten ist die Ernennung zum ersten Offiziersdienstrang. Beamte, die erfolgreich den mehrmonatigen Kurs absolviert haben, nehmen an der Festveranstaltung teil. Der symbolische Schlag mit dem Säbel auf die Schulter erinnert an den mittelalterlichen Ritterschlag. Durch ihn wird deutlich, welche Werte ein Offizier repräsentiert und welche Verantwortung er trägt.

*Kpt. SG Danuta Łazarczyk
Übersetzung aus dem Polnischen:
André Lindemann*



Personal & Haushalt

Challenge GSG 9

Einblicke in das Eignungsauswahlverfahren der GSG 9

Jedes Jahr im März stellen sich ca. 100 Polizeibeamte (bisher nur eine Handvoll Frauen) dem Eignungsauswahlverfahren (EAV) der GSG 9 der Bundespolizei. Am Ende dieses viertägigen Verfahrens erhalten die Bewerber unmittelbar ihr Ergebnis. **kompakt** befragte drei junge Polizisten, die sich aktuell in der Ausbildung bei der GSG 9 befinden.

kompakt: Welche Beweggründe hatten Ihr, Euch bei der GSG 9 zu bewerben?

Für uns stellt die Bewerbung zur GSG 9 die größte Herausforderung innerhalb der Bundespolizei dar. Das vielfältige Aufgabenspektrum sowie der Umgang mit den unterschiedlichsten Führungs- und Einsatzmitteln haben uns dazu bewogen, uns diesem Verfahren zu stellen. Wir wollten unseren Traum verwirklichen, wir wollten einer Spezialeinheit

angehören, die auch im internationalen Vergleich zu den führenden gehört.

kompakt: Ihr habt Euch beworben und dem EAV gestellt. Was ging in diesem Moment in Euch vor? Und wie habt Ihr Euch auf den Test vorbereitet?

Viele von uns waren zuerst sehr stolz, aber auch ein wenig verunsichert, ob wir dieses EAV überhaupt bestehen würden. Doch wir sind der Meinung, dass, wenn man von etwas überzeugt ist, man es sich nur selber zutrauen muss. Du musst dich selbst hinterfragen, ob du diesen Job wirklich machen möchtest, und eine Absage bedeutet schließlich nicht, dass man ein schlechter Polizeibeamter ist, sondern dass man einfach nicht in das Profil eines Beamten der GSG 9 passt. Und ja, wir haben uns auf den Test vorbereitet. Viele von uns haben sich das Buch der

„Bewerbungspäpste“ Hesse und Schrader durchgelesen, in dem u.a. über unterschiedliche psychologische Tests berichtet wird. Weiterhin haben wir uns in sportlicher und technischer Hinsicht vorbereitet. Schon durch diese Vorbereitung konnten viele von uns positive Veränderungen an sich feststellen.

kompakt: Schildert doch bitte mal Eure Eindrücke während des EAVs.

Das EAV war Stress pur. Wir standen vier Tage unter einer Anspannung, die man nicht beschreiben kann. Doch wir wussten, wofür wir es taten. Jeder Einzelne von uns hatte seinen eigenen Traum, wieso er unbedingt zur GSG 9 möchte. In der kurzen Zeit, in der man sich kennenlernte, entstand schon ein Gemeinschaftsgefühl, welches in anderen Dienststellen auch noch nach mehreren Jahren nicht erreicht wird. Teilweise verließen aber stündlich Be-

werber den Test. Das war zwar nicht immer leicht, doch wusste man nach einigen Tagen, worauf man sich eingelassen hatte, und man hoffte, dass es einen selber nicht treffen würde. Der Anspruch von unserem Ausbilder war hoch, doch auch hier zählte der alte Spruch: hart, aber fair!

kompakt: Was waren Eure ersten Gedanken, nachdem Ihr das EAV bestanden hattet?

Am Ende des EAVs bekam jeder von uns ein kleines Feedback vom Prüfer. Er zeigte uns unsere Stärken und Schwächen auf. Und wir erfuhren sofort, ob wir bestanden hatten oder nicht. Das wurde von allen als positiv bewertet – egal, ob man es geschafft hatte oder nicht. Hier gab es – wie ja sonst oft üblich – keine langen Wartezeiten mit einer Ungewissheit von mehreren Wochen, ob man genommen wird oder nicht. Jeder, der eine Zusage bekam, war total erleichtert, war stolz auf sich selber und auf das, was er erreicht hatte. Jedoch haben sich auch Zweifel breitgemacht, wie z.B.: „Bin ich wirklich in der Lage, die komplette Basis- und Spezialausbildung bei der GSG 9 zu schaffen? Wie wird meine Familie/Freundin/Lebenspartnerin darauf reagieren? Wird mir von familiärer Seite Verständnis entgegengebracht?“ Doch das musste jeder für sich klären.

Wir können jedenfalls nur sagen, dass das hier bisher das Beste war, was wir bei der Bundespolizei miterleben durften. Diese Erfahrungen, die wir bei der GSG 9 gemacht haben, nimmt uns keiner mehr – egal, ob bestanden oder nicht.

kompakt bedankt sich bei Eric W., Stefan D. und Sebastian P.

Daniela Scholz

Eignungsauswahlverfahren bei der GSG 9 der Bundespolizei

Im Rahmen einer ärztlichen Untersuchung werden Sie zunächst auf Ihre gesundheitliche Eignung für den Dienst bei der GSG 9 getestet.

In einem psychologischen Test stellen wir Ihre geistige Leistungsfähigkeit und Ihr Persönlichkeitsprofil fest. Im sportlichen Teil wollen wir Ihre körperliche Leistungsfähigkeit überprüfen. Wenn Sie das Deutsche Sportabzeichen bereits erfüllt haben, stehen Ihre Chancen gut, denn drei Disziplinen werden getestet:

- 5000-m-Lauf in mind. 23,00 min.
- 100-m-Lauf in mind. 13,4 sec.
- Standweitsprung mind. 2,40 m
- Darüber hinaus sollten Sie mind. 7 Klimzüge schaffen, beim Bankdrücken 75% Ihres Körpergewichtes mind. 5 x zur Hochstrecke bringen.
- Auf einem Geschicklichkeitsparcours wird Ihre Fitness und Gewandtheit getestet.

Darüber hinaus müssen Sie mit Maschinenpistole und Pistole bei je einer Übung Ihre Schießfertigkeiten unter Beweis stellen.

Weiterhin beinhaltet das Verfahren Tests, in denen Ihre Konzentrationsfähigkeit, Ihr technisches Verständnis und Ihre Reaktionszeiten festgestellt werden.

Zum Abschluss haben Sie dann Gelegenheit, vor der Auswahlkommission Ihre Interessen und Ihre Person vorzustellen. Natürlich haben auch wir wichtige Fragen an Sie.

Das Auswahlverfahren hilft der GSG 9, das richtige Personal für sehr spezielle Aufgaben zu finden. Es ist zwar nicht ganz einfach und wird nicht von allen Bewerbern erfolgreich absolviert, aber dennoch schadet dieser Test weder Ihnen noch Ihrer beruflichen Karriere.

Eine Wiederholungsmöglichkeit gibt es allemal.

27

Selbstverteidigung ist Teil des EAVs bei der GSG 9



Warum entscheiden sich junge Menschen für die Bundespolizei?

28

Corinna M.,

18 Jahre alt, möchte nächstes Jahr Abitur machen, hat aber noch keine konkreten Vorstellungen von ihrer beruflichen Zukunft. Allerdings weiß sie, dass sie später einen abwechslungs- und actionreichen Beruf ausüben möchte, bei dem sie viel Kontakt mit Menschen hat. Außerdem wäre es für sie „cool“, einmal im Ausland arbeiten zu können. Zudem treibt sie gerne Sport und möchte dieses Hobby mit ihrem Beruf verbinden.

Laura M. ist 16 Jahre alt und wird nächstes Jahr die Realschule beenden. Sie weiß schon genau, dass

sie einmal Polizistin werden möchte. Hier könne man Verantwortung übernehmen und im Team arbeiten. Das genaue Aufgabenspektrum eines Polizisten ist ihr zwar fremd, jedoch kommt es ihr darauf an, Menschen helfen und dabei zugleich mit Tieren arbeiten zu können. Sie ist sich unsicher, ob sie ihre Eltern um Rat fragen soll. Schön fände sie es, wenn sie in der Nähe ihres Heimatortes einen Beruf erlernen und ausüben könnte.

Beiden Schülerinnen ist es wichtig, eine gesicherte Perspektive für die weitere Lebensplanung aufgrund ihres erlernten und ausgeübten Berufes zu haben.

Im Rahmen seiner Masterarbeit untersuchte der Autor warum sich die eingestellten Bewerber des Jahres 2009 für die Bundespolizei entschieden haben. Viele dieser Bewerber haben sich schon unmittelbar nach der Schule für die Bundespolizei entschieden und standen im Herbst 2008 vor ähnlichen Überlegungen wie Corinna und Laura.

Die Berufswahlmotive waren in erster Linie geprägt durch den Anspruch einer abwechslungsreichen Tätigkeit, die sportliche Betätigung im Beruf und die Möglichkeit, im Team zu arbeiten. Ferner wurden die Aspekte Verantwortung und Aufstiegsmöglichkeiten hoch gewichtet. Danach wollten die Befragten dem Bürger helfen und sich im Beruf spezialisieren. Auch die Punkte Kontakt und Kommunikation mit Menschen wurden häufig genannt, gefolgt von der Möglichkeit, die Kriminalität durch diesen als außergewöhnlich eingeschätzten Beruf zu bekämpfen. Die Mehrheit der befragten Bewerber nannte auch die attraktive Ausbildung zum Polizisten als Grund für ihre Bewerbung. Damit gleichen die Vorstellungen und Wünsche von Laura und Corinna in vielen Bereichen denen der befragten Polizeianwärter.

Die Möglichkeit der bundesweiten Verwendung und die im Vergleich zu den Länderpolizeien in der Regel längeren Anfahrsstrecken zu den Dienststellen stellten für die einge-

Diensthunde werden bei der Bundespolizei zunächst zum Schutzhund ausgebildet und können danach noch spezialisiert werden - zum Beispiel zum Sprengstoffspürhund.





Rund 400 Bundespolizisten sind in verschiedenen Verwendungen im Ausland wie zum Beispiel für die Vereinten Nationen eingesetzt.

stellten Bewerber kein Hindernis dar. Der Wunsch, den ausgewählten Beruf ausüben zu können, war den Befragten wichtiger als der Anfahrtsweg beziehungsweise der Wohnort.

Während Laura diese Entscheidung erst noch treffen muss, liegt Corinna mit ihrem Wunsch, einmal im Ausland zu arbeiten, voll im Trend mit den Untersuchungsergebnissen. Mehr als die Hälfte der Befragten (57%) sah in einer Auslandsverwendung einen Anreiz. Mehr als zwei Drittel (68%) prognostizierten sogar, dass sie nach der Ausbildung mindestens eine Auslandsverwendung absolvieren werden.

Ferner fiel auf, dass vielen Befragten zum Zeitpunkt der Bewerbung das gesamte und vielfältige Aufgabenspektrum der Bundespolizei nicht vollumfänglich bekannt war. So wie Laura ging es also offensichtlich auch anderen. Sehr genau waren jedoch die Spezialisierungsmöglichkeiten innerhalb der Bundespolizei bekannt. Hierin lag ein wesentliches Element für die Berufswahl. Ganz vorne in der Gunst der Befragten lag die GSG 9, gefolgt von den Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten und dem Bundespolizeiflugdienst. Auch Verwendungen als Diensthundefüh-

rer sowie Flugsicherheitsbegleiter wurden als interessant eingestuft. Mit ihrem Wunsch, mit Tieren in der Polizei arbeiten zu dürfen, ist Laura also ebenfalls nicht allein.

Ähnlich wie Laura schätzten mehr als 79% der Befragten den Bundespolizeiberuf als Traumberuf ein. Dies ist umso erfreulicher, da mehr als jeder dritte PKA und fast jeder fünfte PMA eine Zusage einer oder mehrerer Länderpolizeien hatten und ihre Ausbildung dort hätten beginnen können.

Eine sichere Zukunftsperspektive wird nicht nur von den beiden Schülerinnen geschätzt, sondern auch von fast drei Viertel der Befragten. Bei genauerer Betrachtung stellte sich heraus, dass sich dieser Sicherheitsaspekt vor allem in den Bereichen „sicheres Einkommen“, „Altersabsicherung“ und „Unkündbarkeit“ niederschlug. Dies scheint für junge Menschen eine wesentliche Bedeutung bei der Berufswahl zu haben. Zudem schätzten die Befragten ihr Einkommen nicht nur als sicher, sondern auch als hoch im Vergleich zu Alternativberufen ein.

Auch bezüglich des Zeitpunktes, über einen Beruf nachzudenken, lie-

gen Laura und Corinna im Trend: Die Mehrheit der Befragten hat sich ein Jahr vor dem Verlassen der Schule mit der Berufswahl beschäftigt.

Auffallend war weiterhin, dass fast jeder sechste Polizeianwärter durch einen Mitarbeiter der Bundespolizei auf diesen Beruf aufmerksam wurde und bei der Einholung konkreter Informationen mehr als jeder Dritte von einem Bundespolizeiangehörigen beraten wurde. Diese Mitarbeiter fanden sich zumeist im Bekannten- und Verwandtenkreis, aber es gab auch die individuelle Ansprache durch Einstellungsberater und Bundespolizisten bei der Dienstausbildung. Die erste und häufigste Informationsquelle war jedoch die als sehr informationsreich beschriebene Internetseite der Bundespolizei.

Als Fazit bleibt, dass die Berufsentscheidung eine der schwierigsten Entscheidungen im Leben eines Menschen ist, zumal sie nicht selten einmalig ist. Sehr hilfreich ist es jedoch, sich darüber im Klaren zu sein, was man von einem Beruf erwartet.

Jürgen Miketiuk



Wir gedenken unserer im
vergangenen Jahr im aktiven
Dienstverhältnis verstorbenen
Kolleginnen und Kollegen

Polizeihauptmeister Reinhold Bauer im Alter von 55 Jahren	Polizeihauptmeister Klaus Lamp im Alter von 58 Jahren
Tarifbeschäftigter Ottmar Busch im Alter von 54 Jahren	Polizeihauptmeister Gerhard Leske im Alter von 58 Jahren
Polizeihauptkommissar Michael Brunk im Alter von 50 Jahren	Tarifbeschäftigter Alexander Merboth im Alter von 62 Jahren
Tarifbeschäftigter Karsten Dölle im Alter von 61 Jahren	Polizeiobermeister Jens Oppelt im Alter von 37 Jahren
Polizeiobermeister Sebastian Ehrhardt im Alter von 28 Jahren	Polizeihauptmeister Thomas Peetz im Alter von 48 Jahren
Polizeihauptkommissar Karl-Joachim Erhard im Alter von 52 Jahren	Polizeioberkommissar Lothar Andres Pitrasch im Alter von 51 Jahren
Polizeihauptmeister Karl-Heinz Erlenmaier im Alter von 55 Jahren	Polizeioberkommissar Dirk Pregler im Alter von 39 Jahren
Polizeihauptmeister Michael Feigt im Alter von 46 Jahren	Polizeihauptmeister Peter Ramisch im Alter von 55 Jahren
Polizeiobermeister Volker Ganz im Alter von 47 Jahren	Polizeioberkommissarin Nadine Richter im Alter von 30 Jahren
Polizeihauptkommissar Jörg Gawehns im Alter von 36 Jahren	Polizeihauptmeister Frank Rotter im Alter von 45 Jahren
Polizeihauptmeister Peter Geisler im Alter von 58 Jahren	Regierungsamtman Wolfgang Rubba im Alter von 62 Jahren
Polizeihauptkommissar Klaus Dieter Greschke im Alter von 52 Jahren	Polizeikommissarin Arlett Sängler im Alter von 26 Jahren
Polizeiobermeister Hans-Joachim Hellmann im Alter von 51 Jahren	Regierungssekretär Hans Jürgen Schäfer im Alter von 53 Jahren
Polizeioberkommissar Ulrich Hockemeyer im Alter von 49 Jahren	Regierungshauptsekretär Martin Scheerer im Alter von 41 Jahren
Polizeioberkommissar Stan Höffmann im Alter von 54 Jahren	Polizeimeister Michael Schraml im Alter von 20 Jahren
Polizeihauptkommissar Leopold Hohler im Alter von 59 Jahren	Polizeimeister Heiko Schubarth im Alter von 37 Jahren
Polizeihauptmeister Werner Igelmann im Alter von 50 Jahren	Polizeihauptmeister Reiner Seel im Alter von 55 Jahren
Tarifbeschäftigte Bärbel Jahnke im Alter von 57 Jahren	Tarifbeschäftigter Emanuel Sladek im Alter von 59 Jahren
Polizeihauptmeister Markus Janack im Alter von 38 Jahren	Polizeimeisterin Antonia Stabel im Alter von 22 Jahren
Tarifbeschäftigter Gerd Janssen im Alter von 62 Jahren	Polizeiobermeister Norbert Teichmann im Alter von 51 Jahren
Fluggastkontrollkraft Hans-Joachim Kleyer im Alter von 62 Jahren	Polizeihauptkommissar Rüdiger Walther im Alter von 59 Jahren
Tarifbeschäftigter Helmut Kollmann im Alter von 55 Jahren	Polizeiobermeister Dirk Watzke im Alter von 43 Jahren
Polizeihauptmeister Rainer Alfred Krempel im Alter von 50 Jahren	Polizeioberkommissar Udo Weckmüller im Alter von 48 Jahren
Polizeikommissar z.A. Daniel Kroll im Alter von 27 Jahren	Tarifbeschäftigter Uwe Wilhelm im Alter von 45 Jahren

Kolumne: Die Außenansicht

Ein Schritt in die richtige Richtung!

32

Im Frühjahr vor zwei Jahren habe ich mich geschämt – als Deutscher und als Reserveoffizier.



Als Steuerzahler war ich zudem wütend: Warum schaffen es selbst kleine Nationen, effektiv gegen Piraten vorzuge-

hen und Schiffsbesatzungen zu befreien – nur das reiche und mächtige Deutschland schafft es nicht?

Der Versuch der Befreiung ist damals vor allem am Kompetenzgerangel zwischen den Bundesbehörden Marine und Bundespolizei gescheitert. Und an fehlender Ausstattung. Und daran, dass die Amerikaner irgendwann genug hatten ...

Unfassbar, dass sich bis heute daran nichts geändert hat, an diesen untauglichen Strukturen und der Rivalität zwischen Verteidigungs- und Innenministerium. Obwohl deutsche Schiffe, deutsche Seeleute auf einer Hauptader unseres Handels in tagtäglich Gefahr sind!

Deshalb fand ich die Idee gut, als ich las: Wenigstens im Inneren sollen die Sicherheitsbehörden des Bundes, die vom Bundesinnenministerium geführt werden, zusammengelegt werden. Ein unkoordiniertes Nebeneinander bestimmter Bereiche kann nicht bleiben.

Dass gegen Reformpläne pflichtgemäß Protest folgt von Gewerkschaften, von Landespolitikern, von der Opposition – das gehört dazu. Etablierte Interessen werden gerne verteidigt, und das ist auch völlig legitim. Allerdings wäre es schlecht, wenn sich die Entscheider ausschließlich danach richteten. Denn ein verantwortungsvoller Politiker muss sich vor allem an der Bedrohungslage und an dem Ziel einer größtmöglichen Effizienz orientieren. Er hat, seinem Amtseid gemäß, nach dem übergeordneten Sinn und Nutzen zu fragen. Die daraus folgenden Konsequenzen sind dann gegen die Fürsorgepflicht abzuwägen – aber nicht andersherum. Deshalb bin ich optimistisch, dass eine Verbesserung der Strukturen in die angedachte Richtung kommen wird.

Ein Landesinnenminister hat mir jedoch mit seiner forschen Äußerung sehr zu denken gegeben: Die Vorschläge der Werthebach-Kommission, vor allem eine Zusammenlegung von Bundespolizei und BKA, sei „nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren“.

Da ist sie wieder, die deutsche Kleinstaaterei! Muss alles, was bei der Verabschiedung des Grundgesetzes vor 62 Jahren richtig war, heute immer noch richtig sein? Oder ist die Frage erlaubt, ob das Grundgesetz nicht wieder einer genauen Überprüfung der Kompetenzen unterzogen werden muss? Ist es beispielsweise im Zeitalter von Web 2.0 und geostationären Satelliten sinnvoll, dass etwa das Saarland, das nicht größer ist als die zwei Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg, ein eigenes Presse- und Rundfunkgesetz hat und glaubt, dass es damit global ernst genommen wird?

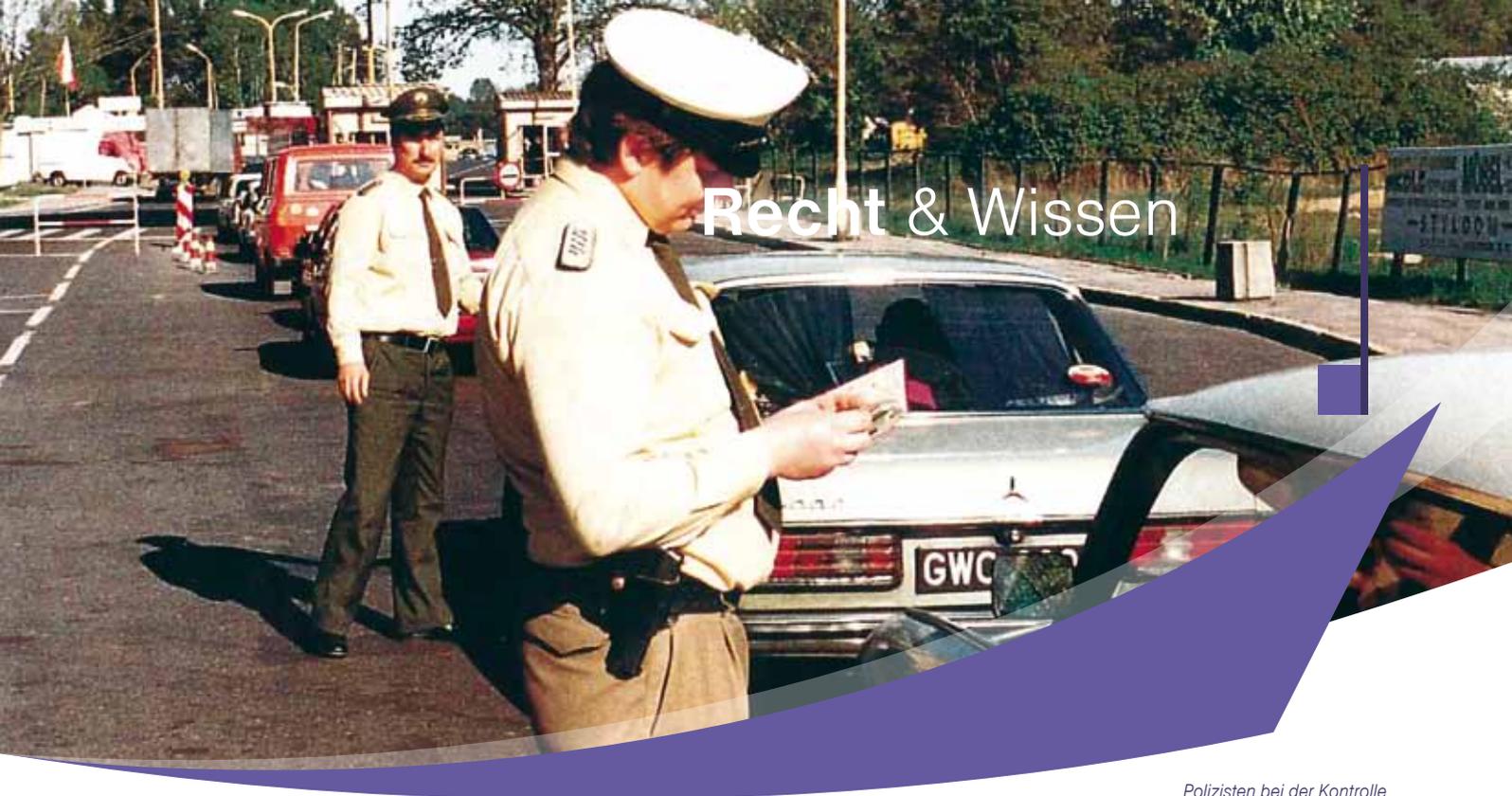
Als eifriger Zeitungsleser und Steuerzahler stelle ich deshalb auch diese Frage: Ist es angesichts der globalen Bedrohungslage heute noch sinnvoll, die GSG 9, die Sicherungsgruppe des BKA, die SEKs der Länder und die Sondereinheiten der Bundeswehr alle parallel (sprich: zueinander inkompatibel) auszustatten, zu trainieren, zu führen?

Wenn ein deutscher Minister das so ausspräche, wäre ihm ein Sturm der Entrüstung sicher. Aber warum eigentlich? Die starken landespolizeilichen Rechte haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 62 Jahren aus Angst vor einer Wiederholung der Zustände in den 20er- und 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts festgelegt. Von einer unwiderruflichen Einbettung Deutschlands in eine Sicherheitsarchitektur der Europäischen Union haben sie nichts in ihren kühnsten Träumen ahnen können.

Diese historische Vorgabe des Polizei-Föderalismus ist also seither entfallen. Auch ist das Grundgesetz seither schon 60-mal geändert worden ... Aber ich will nichts Unmögliches sofort fordern.

Doch als Außenstehender, als Steuerzahler, als Schutzsuchender sage ich: Für mich sind die Empfehlungen der Werthebach-Kommission eine vernünftige Grundlage für weitere Überlegungen in puncto Innere Sicherheit.

*Prof. Dr. Wolfgang Stock
Unternehmensberater und
Lehrbeauftragter an der
Europa-Universität Viadrina*



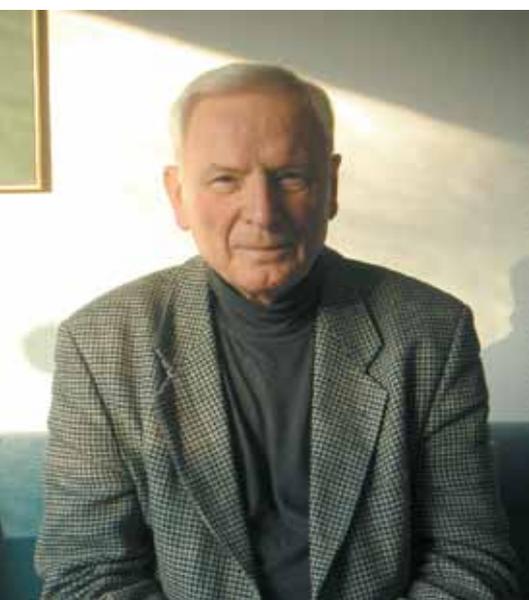
Polizisten bei der Kontrolle an einem Grenzübergang zu Polen.

60 Jahre Bundespolizei

Folge 5: Die Jahre 1991 bis 2001

Aufbau des Grenzschutzpräsidiums Ost, die Reformen 1992 und 1998, Übernahme der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit, Inkrafttreten des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ), viele illegale Einreisen.

Eine der großen Herausforderungen für den BGS war Anfang der 1990er-Jahre der Aufbau des BGS in den neuen Bundesländern.



Ich hatte Gelegenheit, mich mit dem ersten Präsidenten des damaligen Grenzschutzkommandos Ost, Präsident a.D. Diethelm Brücker, zu unterhalten.

Präsident a.D. Diethelm Brücker (2011). Er war als erster Präsident des GSK Ost für den Aufbau des BGS in den neuen Bundesländern verantwortlich.

„Herr Brücker, wie lange waren Sie beim Bundesgrenzschutz und wie haben Sie die Zeit während der Aufstellung des Grenzschutzkommandos Ost (GSK Ost) erlebt?“

„Eingestellt wurde ich im April 1952 bei der damaligen GSA West IV, Lübeck, Waldersee-Kaserne, und Ende April 1993 bin ich nach 41 Dienstjahren in Berlin in den Ruhestand getreten“, beginnt er seine Erzählung.

„Ab dem 30.10.1990 übertrug mir Staatssekretär Hans Neusel die Führung des neuen Grenzschutzkommandos Ost. Es gab zunächst das GSK und die Grenzschutzverwaltung Ost (GSV Ost) sowie die Außenstelle der Grenzschutzdirektion (GSD). Ab Frühjahr 1991 übernahm ich auch die Aufgaben der Außenstelle und ab 01.04.1992 das neu gebildete Grenzschutzpräsidium Ost, das alle Grenzschutzdienststellen umfasste.“

„Welche Kräfte der DDR wurden damals in den BGS übernommen?“, frage ich.



An den Ostgrenzen wurden Anfang der 1990er-Jahre Tausende von illegal eingereisten Ausländern aufgegriffen. 1993 werden an den deutschen Land- und Seegrenzen insgesamt 54.298 Aufgriffe verzeichnet.



Seit 1992 ist der BGS auch für den Schutz der Flughäfen vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs zuständig.

„Der BGS hat keine Einheiten oder Dienststellen der sogenannten ‚bewaffneten Kräfte der DDR‘ übernommen, sondern gemäß Einigungsvertrag den neu gebildeten ‚Grenzschutz der DDR‘. Eine Ausnahme bildete die Transportpolizei-Bahnpolizei“, erfahre ich, und Brücker setzt seine Schilderung fort.

Alle Bediensteten zeigten einen großen Arbeitseifer, obwohl sie oft noch gar nicht wussten, was genau ihr Arbeitsgebiet war. Sie hatten die Zeit mit dem Auflösen aller Strukturen in der noch bestehenden DDR als bedrückend empfunden und waren zunächst froh, eine Planstelle und damit Aussicht auf eine Festanstellung zu haben.

vor. Es fand quasi eine Vereinigung im Mikrokosmos statt.

Wenn Mitarbeiter von der Vergangenheit eingeholt wurden, änderte sich ihr Verhalten oft beträchtlich. Ein besonders schwieriges und sowohl für Verantwortliche als auch Betroffene belastendes Problem waren die – aufgrund der inzwischen gewonnenen Erkenntnisse über frühere Tätigkeiten und nach dem Einigungsvertrag erforderlichen – Entlassungen oder Vertragsauflösungen.



Enthüllung des Dienststellenschildes anlässlich der Gründung des Grenzschutzpräsidiums Ost am 01.04.1992

Es waren in relativ kurzer Zeit rund 7.000 Mitarbeiter aus Organisationen zu integrieren, die den BGS noch knapp ein Jahr zuvor als ‚imperialistischen Feind‘ betrachtet hatten. „Vor allem aber war das Verhältnis der nunmehr schnell in BGS-Uniform eingekleideten vormaligen DDR-Funktionsträger zur Öffentlichkeit so zu gestalten, wie es polizeiliches Verhalten in einer rechtsstaatlichen Demokratie erforderte.

Ein wesentliches Integrations-element war dabei das Tragen der gemeinsamen Uniform. Dies verstärkte das Zusammengehörigkeitsgefühl und half dabei, Hemmungen abzubauen; ein Vorteil, den der BGS allen anderen Institutionen voraus hatte. Gegenüber uns Westbeamten traten die neuen Mitarbeiter stets loyal auf. Spannungen kamen höchst selten

Trotzdem sorgten sie sich um die nahe Zukunft und hier besonders um die weitere Besoldung, die noch reichlich unklar war. Wir sind uns damals vorbehaltlos begegnet – ohne nach der Vergangenheit zu fragen und diese zu bewerten.

Sie betrafen leider mehrere Hundert Mitarbeiter, die zum Teil recht qualifiziert waren. Auch das unterschiedliche Besoldungsgefüge belastete die Mitarbeiter stark; füllten sie doch zumindest nach geraumer Zeit ihr Amt gleich gut aus wie die Kollegen aus dem Westen.

Dem BGS stellten sich völlig neue Probleme sowie ungewohnte neue Einsatzbereiche der Bahnpolizei und der Luftsicherheit. An rund 30 Grenzübergängen, Wasserwegen sowie auf Flughäfen war nun nach bundesdeutschem Recht zu kontrollieren. Die Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern, die dort überwiegend tätig waren, wurden durch BGS-Beamte aus den alten Bundesländern beraten und eingewiesen – und dies bei lawi-



Die Aufgaben der Bahnpolizei werden seit 1992 durch den BGS wahrgenommen.

Schengenabkommen; bei der Passkontrolle am Flughafen wird jetzt nach EU und Non-EU unterschieden.

nenartig ansteigendem Verkehr. Auch im täglichen Dienstbetrieb waren Entscheidungen über Sachverhalte zu treffen, mit denen man bis dato nie konfrontiert worden war.

Noch in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 mussten – wegen der Auflagen des Einigungsvertrages – alle Liegenschaften, die der BGS übernehmen wollte, mit einem Schild versehen werden, auf dem ‚Bundesgrenzschutz‘ stand. Dabei habe auch ich bei einigen Liegenschaften im Raum Berlin mitgeholfen. Im Dienstwagen hatten mein Fahrer und ich die Bundesdienstflaggen, die am 3. Oktober an den Liegenschaften zu hissen waren.

Die Kommunikation mit Westdeutschland war anfangs problematisch. Zum Telefonieren fuhr ich zur ersten Westberliner Telefonzelle im Bezirk Rudow oder zur Fliegerstaffel nach Tempelhof.

Mitzerleben, wie schon am 2. Oktober 1990 eine BGS-Abteilung zusammen mit der Berliner Polizei, der nordrhein-westfälischen Polizei und der Volkspolizei während der Vereinigungsfeierlichkeiten auf gesamtberliner Gebiet am Reichstag eingesetzt war, das beeindruckte! Bereits am 1. Oktober hatte der Westberliner

Polizeipräsident die Führung der gesamtberliner Polizei übernommen, weshalb schon am 1. Oktober BGS-Hubschrauber im Berliner Luftraum flogen. Die ersten etwa 60 BGS-Beamten befanden sich aber bereits seit Anfang August als Berater an den DDR-Grenzübergängen.

Nach dem 3. Oktober wurden immer noch ‚versteckte‘ Diensteinrichtungen gefunden, die schon neu uniformiert Bestandteil des BGS geworden, aber noch nicht in die Organisation integriert waren. So habe ich erst am 6. November in Erfurt das etatisierte Musikkorps des BGS ‚gefunden‘. Es übte fleißig in Zivil unter Leitung seines eifrigen Dirigenten und wusste bis dahin mit dem BGS nichts anzufangen.

Die drei neuen Grenzschutzabteilungen konnten nach Übernahme nicht in ihren bisherigen Unterkünften für den Winter verbleiben, da sie u.a. baulich und ausstattungsmäßig in einem desolaten Zustand waren. Mit dem Leiter der GSV flog und fuhr ich weite Teile der DDR ab, um nach geeigneten Objekten zu suchen.

Im März 1991 wurde der Schutz des Sitzes des Bundespräsidenten im Berliner Schloss Bellevue vom BGS übernommen. Gegen Ende meiner Amtszeit wurde ich am 5. März 1993 von der Berliner Pressekonferenz eingeladen, über ‚1 Jahr Grenzschutzpräsidium Ost, Überwachung der Grenze zu Polen und der CSSR sowie über Maßnahmen gegen Kfz-Diebstahl etc.‘ zu berichten.

Erst nach dem Trubel der Pressekonferenz wurde mir bewusst, dass ich in dem fast unveränderten Raum und von dem Platz aus gesprochen hatte, auf dem Günter Schabowski am 9. November 1989 die Öffnung der Mauer und damit die Öffnung der Grenze in Gang gesetzt hatte.

Diese zwei-einhalb Jahre meiner Tätigkeit waren die abenteuerlichsten und erlebnisreichsten meiner Dienstzeit, und ich freue mich immer

wieder, dass ich meinen Teil zum Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands leisten konnte.“

Mit dem Aufbau des BGS in den neuen Bundesländern, der Übernah-



1998 erhält der BGS ein neues Logo.

me der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit sowie den einschneidenden Neustrukturierungen 1992 und 1998 stand der BGS vor einer noch nie da gewesenen Herausforderung.

Zum 1. April 1992 wurde die funktionale Trennung der BGS-Organisation in Grenzschutzverbände und Grenzschutzeinzeldienst durch eine integrierte Organisationsform ersetzt. Die nun 21 Einsatzabteilungen – Lübeck, Lüneburg, Hünfeld und Schwandorf sowie der Stab des Grenzschutzkommandos Nord (Hannover) wurden aufgelöst – wurden in fünf regionale Grenzschutzpräsidien (GSP) eingegliedert. Den GSP unterstanden jetzt 18 Grenzschutzämter mit 102 nachgeordneten Grenzschutzstellen und 65 Bahnpolizeiwachen. Die Grenzschutzschule in Lübeck und die BGS-Direktion in Koblenz blieben eigenständig. Alle polizeilichen Aufgaben und die Verwaltung wurden in den regionalen Grenzschutzpräsidien unter einheitlicher Führung zusammengefasst. Die Situation für die BGS-Angehörigen war alles andere als rosig.

Viele Fragen taten sich auf. Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Was wird aus meinem Standort? Wo muss ich zukünftig meinen Dienst versehen? Wie geht das mit Haus und Familie weiter? Wie ist die Zusammenarbeit mit den neuen Kollegen aus den Grenztruppen, aus der Volkspolizei, aus der Transportpolizei? Hat sie oder er vielleicht vor der Wende für die Stasi gearbeitet?

Auch Helmut Spanel, Regierungsoberamtsrat, heute Leiter Zentrale Dienste bei der Bundespolizeiabteilung Hünfeld, musste sich mit solchen Fragen auseinandersetzen.

„Anfang der 1990er-Jahre war ich Sachbearbeiter bei der Grenzschutzverwaltungsstelle Hünfeld und später



Helmut Spanel ist heute Leiter Zentrale Dienste bei der Bundespolizeiabteilung Hünfeld.

Sachgebietsleiter im Grenzschutzpräsidium Mitte in Kassel. Die Reform von 1992 betraf zwar auch meine Dienststelle, letztendlich blieb der Dienort Hünfeld aber als Außenstelle der vormaligen GSA Mitte 4 Fulda erhalten, und im Rahmen der Reform 1998 wurde die Abteilung Hünfeld sogar wieder neu zum Leben erweckt. Die Befürchtungen vieler Mitarbeiter wegen der Zusammenlegung von Polizeivollzug und Verwaltung sind glücklicherweise nicht eingetreten. Die Verwaltungsangelegenheiten wurden ebenso sachorientiert weiterbearbeitet wie zuvor. Allerdings hatte man auf Führungsebene eine deutliche Schnittstellenreduzierung erreicht.

Die tiefgreifendste Erneuerung der Verwaltungskomponente war aus meiner Sicht die rasante technische Entwicklung im IT-Bereich: War man es Anfang der 1990er-Jahre noch gewohnt, mit Bleistift/Kugelschreiber und Schreib-/Rechenmaschine zu arbeiten, so war um die Jahrtausendwende fast schon jeder Arbeitsplatz mit einem PC ausgestattet. Dies hatte eine nachhaltige Modifikation der Arbeitsweise, Kommunikation und Kooperation zur Folge.

Auch die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Flexibilisierung der Haushaltsmittel beeinflussten das Verwaltungshan-

deln. Im Rahmen meiner Unterrichtung für Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern im Haushalts- und Kassenwesen konnte ich wertvolle Kontakte zu vielen Mitarbeitern aus den neuen Bundesländern knüpfen.“

„Hat sich die Wiedervereinigung auch auf Ihr Privatleben ausgewirkt?“, möchte ich von Helmut Spanel wissen. „Ja“, entgegnet er, „durch die Lage unseres Wohnhauses in unmittelbarer Nähe zur vormaligen Demarkationslinie (Luftlinie ca. 2,5 km) sowie meine im ‚Zonengrenzgebiet‘ verbrachte Kindheit und Jugend glich es für mich schon fast einem Wunder, dass die Welt dort nicht mehr zu Ende war. Außerdem kann ich nur über gute Erfahrungen – ob nun dienstlich oder privat – mit den damals neuen Nachbarn berichten. Vorbehaltlos, freundlich und hilfsbereit in gegenseitiger Anerkennung aufeinander zugehen – das war und ist wohl die ‚Zauberformel‘ für ein gutes, einvernehmliches Miteinander.“

In den Organisationsübersichten tauchten Grenzschutzstellen und Bahnpolizeiwachen auf, deren Ortsnamen irgendwie fremd klangen. Von den ca. 2.700 Bahnpolizisten entschieden sich 95% zur Übernahme in den BGS.

Viele der neuen Dienstgebäude waren zum Teil in einem katastrophalen baulichen Zustand. Aufgrund der baulichen und taktischen Gegebenheiten änderte sich das Organigramm des BGS beinahe wöchentlich.

Die Abteilungen in Braunschweig, Bodenteich und Walsrode gehörten auf einmal zum GSK Ost. Die GSA Mitte 5 in Speyer wurde in GSA West 3 umbenannt und 1993 von Speyer nach Bad Bergzabern an die südliche Weinstraße verlegt. Hauptaufgabe der GSA West 3 wurde der Schutz des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.



Christine Müller zog 1993 mit ihrer Familie in den Westen und ist beim Zentralen Dienst der Bundespolizeiakademie u.a. für die Ressourcenvergabe zuständig.

Sorgen bereiteten uns die steigenden Zahlen an Aufgriffen illegal Eingereister, die beängstigende Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität mit Schleuserdelikten, Kfz-Verschiebungen und Rauschgiftschmuggel sowie die eskalierende Gewalt gegenüber ausländischen Staatsangehörigen.

Einsatzkräfte des BGS aus den alten Bundesländern waren ständig in den neuen Bundesländern unterwegs. Bis 1992 waren es bereits 129 Einsätze.

Angesichts des Personalmangels im Osten und des ansteigenden Zustroms illegaler Zuwanderer wurden ab 1993 ca. 1.200 Angestellte mit auf 3 Jahre befristeten Arbeitsverträgen als „Grenzpolizeiliche Unterstützungskräfte“ (GUK) eingestellt.

Am 07.07.1993 wurde Manfred Kanther neuer Bundesinnenminister und wartete gleich mit besorgniserregenden Zahlen auf: An den deutschen Land- und Seegrenzen waren insgesamt 54.298 illegal eingereiste Ausländer aufgegriffen worden; das waren 20% mehr als im Vorjahr. 144.057 Fahrzeuge waren in Deutschland entwendet worden. Bei der Bekämpfung der internationalen Kfz-Verschiebungen hatte der BGS

an den Ostgrenzen mehr als 1.000 Fahrzeuge sicherstellen können.

Im Bereich der Bahnpolizei waren 234.036 Straftaten registriert worden – 27,8% mehr als 1992.

Trotz der hohen Einsatzbelastungen arbeitete der BGS intensiv an der Umsetzung des am 26. März 1995 in Kraft gesetzten Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) und intensivierte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Schengenstaaten. Mit mehr als 4.000 PVB half der BGS 1997 bei der Bekämpfung des Oder-Hochwassers.

Den ersten schrecklichen Einsatz als Bahnpolizei erlebte der BGS 1998 bei dem schweren ICE-Unfall bei Eschede mit 101 Toten und mehr als 100 Verletzten. Mehr als 200 PVB waren mehrere Tage vor Ort im Einsatz.

Die Reform im Jahre 1998 fand unter dem Leitgedanken einer „integrativen Aufgabenwahrnehmung“ statt. Unterhalb der Ebene der fünf Präsidien gab es nun 19 Grenzschutzämter mit jeweils einer Inspektion Verbrechensbekämpfung. Der BGS See erhielt auch den Status eines GS-Amtes. Den Ämtern nachgeordnet

Was geschah noch in der Zeit zwischen 1991 und 2001?

- 1991 Die Polizeistiftung des Bundes für den BGS beginnt 1991 ihre Arbeit mit einem Stiftungsgrundstock von 40.000 DM.
Das Gesetz zur Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit wird verkündet.
- 1992 Die GS-Flottille 3 des GSP Ost in Warnemünde wird zuständigerweise an das GSP Nord (BGS See) angegliedert.
Die Küsteneinsatzhundertschaft wird aufgelöst.
- 1993 Das Bundesbesoldungs- und Versorgungsgesetz 1992 tritt in Kraft. Das Eingangsamtd wird von BesGr. A6 nach A7 gehoben. Das Urlaubsgeld wird von 300 auf 500 DM erhöht.
- 1994 Der Bundeswirtschaftsminister hebt in Rostock die Küstenwache des Bundes aus der Taufe. Küstenwachzentrum wird Neustadt (BGS See).
Einführung der Wärmebildgeräte
Das neu gefasste Bundesgrenzschutzgesetz, mit dem Angehörige des BGS auch den Kombattantenstatus verlieren, tritt in Kraft.
- 1995 Am 26.03. tritt das Schengener Abkommen in Kraft.
- 1996 Start der ZDF-Serie die „Küstenwache“, die beim BGS See gedreht wird.
- 1998 Der BGS bekommt 22 neue PHS, u.a. EC 135 und EC 155.
Das Musikkorps GSP Mitte wird aufgelöst. Die PVB werden auf die Musikkorps GSP Süd und Nord verteilt.
- 1999 Die Homepage des BGS – www.Bundesgrenzschutz.de – geht online.
Der Olympiastützpunkt Cottbus und der BGS arbeiten künftig bei der Förderung von Spitzensportlern eng zusammen. 10 Sportler(innen) haben ihre Ausbildung für den mD beim BGS begonnen.
- 2000 Die Bergausbildungsstätte Kührointhaushaus wird als Trainingszentrum der Grenzschutzschule unterstellt.
- 2001 Die Uniform des BGS wird geändert. Kragenspiegel entfallen, Schulterstücke werden der Landespolizei angepasst und das Ärmelabzeichen erhält den Zusatz „Polizei“.
Das erste PHARE-Twinning-Projekt mit dem BGS als Partner für Bulgarien, Polen, Rumänien, die Slowakei, Ungarn und Tschechien beginnt.



*Polizisten des BGS im Einsatz beim Oder-Hochwasser (1997).
Es handelt sich um die bis dahin größte Hochwasserkatastrophe an der Oder.*

waren 98 regionale Grenzschutzinspektionen, in denen „integrativ“ und je nach geografischer Lage sowohl die grenz- und bahnpolizeilichen Aufgaben als auch die Luftsicherheitsaufgaben wahrzunehmen waren. Von den bis dahin 21 Einsatzabteilungen blieben nur noch elf. Das dadurch freigewordene Personal wurde schwerpunktmäßig in die bahnpolizeilichen Dienststellen verlagert.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten sich aufgrund der zwei Reformen neu orientieren und ihre Dienststellen wechseln. Christine Müller musste zwar auch umziehen, aber nicht wegen der Reformen.

„Die Wende und die 1990er-Jahre habe ich überwiegend in positiver Erinnerung“, erzählt sie mir, auch wenn sich ihr damaliger Wunsch, als Polizeibeamtin übernommen zu werden, nicht erfüllt hat. Vor der Wende war Christine Müller Oberwachtmeisterin bei der Volkspolizei der DDR. Nach der Wende blieb sie zunächst bis 1992 als Polizistin und Sachbearbeiterin bei der Landespolizei in Brandenburg. Im Oktober 1992 kündigte sie dort und zog mit ihrem Mann und den zwei Kindern in den Westen, denn ihr Mann arbeitete schon seit 1990 in Lübeck. Der Einstieg bei der Polizei in Schleswig-Holstein kam nicht zustande, weil Christine Müller noch einmal eine zweijährige Ausbildung absolvieren sollte. „Das ging aber nicht, weil meine Kinder

1992 kannte ich nur vom Hörensagen, konnte ich in Lübeck bleiben.“ Eingestellt worden war Frau Müller bei der Grenzschutz-ausbildungsabteilung Nord (GSA A Nord) in Lübeck. Dort war sie bis zu deren Auflösung im Rahmen der Reform 1998 beschäftigt. „Die Liegenschaft wurde 1998 von der Grenzschutzschule übernommen – und ich auch“, fügt sie mit einem Augenzwinkern an.

Nach ihrer Einstellung war sie zunächst im Vorzimmer des Leiters der Verwaltung, dann im Vorzimmer des Abteilungsführers und nach der Übernahme durch die Grenzschutzschule als Bürokraft in den damaligen Lehrbereichen 2 und 3 tätig.

„Wie war denn so das Verhältnis ‚Ossi – Wessi‘? Gab es da irgendwelche Vorbehalte?“, möchte ich von ihr wissen. „Nein, Vorbehalte gab es eigentlich nicht, obwohl ich ein ‚Ossi‘ war“, erklärt sie. „Ich wurde sehr herzlich aufgenommen. Der Dienstag war für mich eher angenehm, was wohl auch daran lag, dass ich fast ausschließlich mit männlichen Kollegen zusammenarbeitete. Alle Kollegen, besonders die im Stab, waren sehr hilfsbereit und unterstützten mich dort, wo es notwendig war. Alles lief im Dienst ruhig ab, Probleme wurden ausdiskutiert und dann ‚angepackt‘. Das ist heute leider nicht immer so.“

Im Januar 1998 bestätigte das Bundesverfassungsgericht die Verfas-

noch klein waren. Deshalb habe ich mich beim BGS beworben und wurde dort am 1. März 1993 eingestellt“, berichtet sie.

„Ich hatte Glück, trotz der Reform 1998, die Reform

sungsmäßigkeit des Aufgabenübertragungsgesetzes von 1992 – seit dem 1. April 1992 nimmt der BGS die Aufgaben der Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes der Deutschen Bundesbahn sowie des Schutzes der Flughäfen vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs wahr –, und segnete damit letztlich die gesamte organisatorische und rechtliche Veränderung des BGS in den 90er-Jahren ab.

Auch der BGS rüstete sich für den Jahrtausendwechsel 1999/2000 und gegen die Angst vor dem digitalen Crash. Zum Glück und wider Erwarten sind die Befürchtungen der Experten nicht eingetreten.

Mit einem neuen Innenminister, Otto Schily, ging der BGS ins neue Jahrtausend.

Ein neues Leitbild, neues Logo, Ideenmanagement und eine Initiative „Sport statt Gewalt“ wurden vorgestellt. Es fand der erste Kongress „Gesundheitssport“ statt. Das Controlling, die KLR (Kosten-Leistungs-Rechnung) und das QM (Qualitätsmanagement) wurden heftig diskutiert.

Der Einsatz bei der Expo 2000 wurde ein voller Erfolg und die Uniform des BGS rechtzeitig vor den Jubiläumsfeiern näher an die einer Bundespolizei herangebracht.

Der BGS feierte 2001 sein 50-jähriges Bestehen mit einem Festakt in Berlin und vielen weiteren Veranstaltungen, so auch im Mai bei der Grenzschutzschule mit einem Tag der offenen Tür.

Friedrich-Wilhelm Britt

*Fotos: Bundespolizei, Peter Matera,
Helmut Spanel*



Die Grundlagen der Verwaltung lernen die Studierenden im Grundstudium an der Fachhochschule des Bundes in Brühl.

Besser gerüstet

Neuer Diplomstudiengang bereitet gezielt auf den Bundespolizeiberuf vor

Den Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren brachte das vergangene Jahr Neues: Für den 67. Studienjahrgang des gehobenen Polizeivollzugsdienstes wurde das Curriculum überarbeitet. Der Studiengang der Fachhochschule des Bundes (FHB) ist seither nicht nur modular aufgebaut, sondern auch an die modernen Anforderungen bei der Bundespolizei angepasst.

Plötzlich sprechen

Dozenten und Studenten laufend von „Modulen“ – und das hat seinen Grund: Die Lehrveranstaltungen des neuen Diplomstudienganges folgen dem „Bologna-Prozess“, sie sind also nach dem Vorbild der neuen Bachelor-Studiengänge durch Module strukturiert. Während der dreijährigen Ausbildung müssen die Studierenden zwanzig Module erfolgreich absolvieren. Ihre Zusammenstellung reflektiert die interdisziplinäre Ausrichtung und die veränderte Rolle der Bundespolizei: Module wie „Grundlagen des polizeilichen Handelns“ (Basisausbildung), „Grundlagen des Verwaltungshandelns“ (Grundstudium) oder „Polizeiarbeit auf internationaler Ebene“ (Hauptstudium) bereiten die Studierenden gezielt auf die zukünftigen Aufgaben vor.

Basisausbildung als Einstieg

Bahnbrechend ist die verlängerte Basisausbildung: In vier Monaten erlernen die Studierenden neben theoretischen Grundlagen jetzt auch polizeihandwerkliche Fertigkeiten. Darauf baut ein sechsmonatiges Grundstudium in Brühl auf. Alle Studien- und Prüfungsinhalte wurden hierzu vollständig überarbeitet und es wurde ein neuer Studienplan erstellt, der kontinuierlich evaluiert und überarbeitet wird.

Näher am Beruf

Der Anteil spezifischer Inhalte der Bundespolizei im Curriculum ist stark gestiegen: Neben den Fächern Einsatzlehre und Eingriffsrecht unterrichten die Fachdozenten in Brühl nun auch Grundlagen der Kriminalis-

tik, des öffentlichen Rechts und des Verwaltungsrechts. Darüber hinaus trainieren die Studierenden ihre Fertigkeiten im Polizeisport, im Einsatztraining und im Schießen.

Besser gerüstet

Nach Abschluss des Grundstudiums sind praxisbezogene Lehrveranstaltungen, Verwendungen und mehrere Hauptstudienabschnitte vorgesehen. Es spricht bereits heute vieles dafür, dass die Studierenden nach der neuen Studienordnung im besonderen Maß für die modernen Anforderungen des Polizeiberufs gerüsteter sind.

Interview mit Begleitern des Studienganges

Wie kommen die Neuerungen an? Wir haben uns mit zwei Kollegen unterhalten, die sowohl das alte als auch das neue Curriculum kennen.

40



Frank Schlosser, Studienbegleiter FHB in Brühl

kompakt: Wo liegen aus Ihrer Sicht die Unterschiede zwischen dem früheren und dem neueren Studiengang?

Bei den Sportangeboten der FHB lernt man neue Leute kennen.



Krämer: Im neuen modularen Studiengang werden die Fächer Einsatzrecht und Polizeitraining durchgängig unterrichtet. Die Grundlagen im Polizeirecht, Strafrecht und Strafprozessrecht werden jetzt in der Basisausbildung gelegt und weitestgehend im Grundstudium vertieft. Um reibungslose Übergänge und einheitliche Inhalte zu schaffen, kommen die Verantwortlichen regelmäßig zu Konferenzen zusammen. Zudem werden Ergebnisse evaluiert und bei Bedarf verbessert.

Schlosser: Die Studierenden werden in der Basisausbildung sehr solide auf das Grundstudium vorbereitet – dabei steht die Praxis im Vordergrund. So können die Inhalte der Einsatzlehre und Kriminalistik hier in Brühl nachvollziehbarer vermittelt werden. Außerdem haben die Studierenden viel schneller ein klareres Bild von ihrem zukünftigen Beruf.

kompakt: Und in Bezug auf das Polizeitraining?

Krämer: Auch das Polizeitraining – Einsatztraining, Polizeisport und Schießtraining – wird jetzt kontinuierlich von Anfang bis Ende der Ausbildung durchgeführt. Das kommt gut an. Zudem ist neu, dass die Studienbegleiter bereits im Grundstudium erste Inhalte der Kriminalistik vermitteln und dass die Inhalte der Einsatzlehre und Kriminalistik in der Modulabschlussprüfung abgefragt werden.

kompakt: Sehen Sie auch problematische Aspekte? Wird mit dem neuen Modulstudiengang nicht bloß „alter Wein in neuen Schläuchen“ verkauft?

Schlosser: Es handelt sich um ein völlig neues Ausbildungskonzept, das viele Vorzüge bietet. Sicher gibt es bei einem derart umfassenden Projekt und 268 Studierenden auch Probleme zu lösen. So müssen wir kontinuierlich an der Koordination

arbeiten. Die Studenten wünschen sich zudem bessere Absprachen im Fach Englisch. Außerdem könnte der eingeschränkte Medien- und Literaturbestand in den Aus- und Fortbildungszentren (AFZ) aufgestockt werden. Zudem sollten die Studierenden auch



Bernd Krämer, Studienbegleiter FHB in Brühl

in Brühl uneingeschränkt auf die Infothek der Bundespolizei zugreifen können.

Krämer: Ich kann nur zustimmen. Wir haben es mit etwas wirklich Neuem zu tun, zumindest in der Basisausbildung und im Grundstudium. Die Erfahrungen mit den Anschlussmodulen stehen noch aus. In jedem Fall läuft die Zusammenarbeit an der FHB dank der aktiven Dozenten und des Verwaltungspersonals sehr gut. Das betrifft nicht nur das Verwaltungsrecht, sondern auch das öffentliche Dienstrecht oder den Dialog mit dem Dekanat und der Hausverwaltung. Hierfür wollen wir Studienbegleiter uns ausdrücklich bedanken.

Die neue Verpflichtung zum Tragen der Uniform hier in Brühl fördert die organisationsinterne Integration und die Identifikation mit dem Berufsbild. Ob es auch zu Nachteilen wie zum Beispiel der Abgrenzung zu anderen Studierenden führt, wird sich erst am Ende des Grundstudiums zeigen.

Interview mit einer Studentin

Sehen die Studierenden das ähnlich? Wir sind dieser Frage nachgegangen und haben eine Studentin befragt. Nina Rzepka erzählt aus ihrer Perspektive.

kompakt: Sie stehen am Anfang Ihres Grundstudiums. Welchen Eindruck haben Sie von der bisherigen Ausbildung gewonnen?

Rzepka: Der Eindruck ist sehr positiv, vor allem die ersten vier Monate waren abwechslungsreich und praxisbezogen. Das fehlt mir jetzt ein wenig, aber wir stehen ja noch am Anfang des Grundstudiums. Auf jeden Fall ist es gut, dass die Basisausbildung so lange dauert, so kann man den Beruf gut kennenlernen. Neben den theoretischen Fächern hatten wir Einsatztraining und Sport sowie Übungen wie Absperr- und Räumdienst. Die Ausbilder waren sehr nett und hilfsbereit und auch der Zusammenhalt in der Studiengruppe war gut.

kompakt: Und wie sind die Wohn- und Arbeitsbedingungen im Grundstudium?

Rzepka: Wir waren sehr überrascht, wie gut die Appartements in Brühl eingerichtet sind. In einem Einzelzimmer kann man wesentlich besser lernen. Und auch die Lehrsäle sind sehr modern ausgestattet. Den modulartigen Aufbau finde ich ganz praktisch, allerdings sollten Lernzielkontrollen zur eigenen Einschätzung durchgeführt werden, damit man weiß, wo man steht.



Nina Rzepka vom 67. Studienjahrgang

kompakt: Wie gehen die Dozenten und das Ausbildungspersonal mit der neuen Situation um?

Rzepka: Eigentlich merkt man nicht, dass es etwas Neues für sie ist, zumindest was das Vermitteln des Unterrichtsstoffs angeht. Dennoch erscheint noch einiges sehr unklar, zum Beispiel was genau geprüft wird. Manche Dozenten sagen, Englisch wird geprüft, andere sagen das Gegenteil. Für die Dozenten ist es neu, dass wir die Vorlesungen in Uniform besuchen. Man wird auch häufig von anderen Studierenden, zum Beispiel vom Bundeskriminalamt (BKA), angesprochen, die es als Abgrenzung empfinden.

kompakt: Der modulare Studienplan beinhaltet mehr Selbststudienanteile. Was halten Sie davon?

Rzepka: Selbststudienzeiten sollten zur Nachbereitung zum Ende und nicht am Anfang des Tages angesetzt werden. Besonders hier in Brühl sitzen wir oft bis abends daran, den Stoff aufzuarbeiten. Mir persönlich bringt der Unterricht viel mehr, aber das ist sicher bei jedem anders. Wäh-

rend des Selbststudiums im AFZ sollte es möglich sein, nachmittags eine Bibliothek in der Stadt aufzusuchen. Vor den Klausuren sollte man mehr Zeit zum Lernen bekommen. Zum Beginn des Studiums sollte noch niemand dazu gedrängt werden, zu bestimmten Zeiten zu lernen. Jeder sollte für sich selbst verantwortlich sein, wann und wie viel er lernt.

kompakt: Wie empfinden Sie die Zusammenarbeit mit Studierenden aus anderen Fachbereichen?

Rzepka: Ich kenne einen Studierenden beim BKA. Er studiert schon seit Oktober letzten Jahres hier und hat uns angeboten, uns bei Bedarf zu helfen. Auch bei den Sportangeboten lernt man neue Leute von anderen AFZ oder Fachbereichen, kennen. Auch von der FH organisierte Schnupperabende oder auch selbst organisierte kleinere Feiern fördern aus meiner Sicht das Miteinander.

kompakt: Und wo drückt die Studierenden aus Ihrer Sicht am ehesten der Schuh?

Rzepka: Obwohl man in der Ausbildung eigentlich schon gut verdient, ist am Ende des Monats nicht mehr viel zum Sparen übrig. Die Anreise mit dem Auto, das Essen und die Miete sind nicht ganz billig. Ich weiß nicht, ob es einen Spielraum bei der Miete gibt, aber vielleicht könnte diese ein wenig gesenkt werden. Mit dem Studium an sich sind wir schon sehr zufrieden. Ich hoffe, dass wir alle bestehen und auch nach Brühl noch in dieser Konstellation so zusammenbleiben.

Michael Sauerwein



„Ich freue mich, dass es uns im Interesse der Studierenden gelungen ist, die Lehrunterlagen und die Module des neuen Studiengangs abzustimmen und zu verzahnen. Für die konstruktive Zusammenarbeit möchte ich mich bei allen Kollegen bedanken.“
Prof. Dr. Anke Borsdorff

The Afghan K-9 program

In a country ravaged by 30 years of war and at times ruled by the Islam extremists Taliban, Afghanistan has built an impressive K-9¹ program, more out of necessity, than by accident. One of the largest government K-9 training centers in the world the Mine Detection and Dog Center in Kabul, Afghanistan is working hard to save the lives of Afghans, while at the same time using K-9's for drug detection, riot control and border security.

42

The biggest threat to normal everyday life for many Afghans, is the threat of IED's and landmines left behind after many years of war. As Senior Training and Accreditation Manager for the Mine Detection and Dog Center (MDC), Abdul Jabbar Baser states, there are mines from Yugoslavia, Russia, China, France, Italy, and the Taliban littering the countryside all over Afghanistan. And this is where the training for K-9's plays a huge role for the everyday lives of Afghans.

The dogs have become a crucial need in Afghanistan because of their resourcefulness. They can be trained to search for a wide variety of explosives, different chemicals that make explosives, and parts used in making improvised bombs and land mines. According to Baser, the MDC has over three hundred dogs and the

majority of them will be used for this type of work.

What makes this project so interesting is that the coalition partners at the MDC are in more of a mentoring

Lars Gerdes, GPPT (German Police Project Team) chief liaison officer to NTM-A (NATO Training Mission-Afghanistan). "But, it is also an example of the cooperation of GPPT and NTM-A with the Afghan police to arrive at our

common goal of a peaceful country in Afghan hands."

The Afghans currently have a three phase training program. During the first phase, the handlers are in the classrooms learning about narcotics, IED identification, mine detection and riot control, while the K-9s are going through a socialization phase. In the second phase, the handlers are married up with their K-9's and go through a familiarization course on obedience,

learning the nuances of their individual K-9, learning to control the K-9 with a leash and general maintenance of their dog. The third phase is where the handler and dogs are trained in



role, because the Afghans are the ones doing the training of the K-9's and their handlers. "The K-9 program is not only an important project for the security of Afghanistan," said Dr.

¹ K9 (von engl. ca-nine - canine der Hund)

the various scents of their specialty such as narcotics or explosives, and then the handler and K-9 are certified as a team.

“They really work hard with the dogs, but they also teach them how to play,” said Karsten Voss of the German Federal Police Dortmund, who with 14 years of K-9 experience, is part of a German team sent to Afghanistan to mentor the Afghans on training of the K-9’s. Nothing is easy for the handlers or the K-9’s during the six month training process. At the end looms the certification and licensing processes. “The Afghans themselves made a very demanding and difficult course to ensure the dog program is top notch,” said Voss, who also served two years in Kosovo building their K-9 program. Because of the efforts the Afghans have put into the program, the German government has expended much money and effort into making sure the Afghan K-9 program will last for many years into the future.

According to Norbert Wienold, a police officer from the Paderborn Police Department in Germany and leader of the German K-9 project in Afghanistan, the German government has already purchased 10 German Shepherd and Belgium Malamutes, and intends to purchase ten more of the K-9’s in each of the next two years to assist with the program.

“I think in Afghanistan is a lot of danger from explosives,” said Wienold. “We need to make sure we put all the effort we can into this project. The dogs are one of the best tools we can leave the Afghans with, better than many technical machines we could leave, and many times a lot safer.”

Major Kevin Heineman, US AirForce

*Eine Vokabelliste finden Sie unter:
<http://kompakt.polizei.bund.de>*



„Guten Tag, die Bundespolizei, Ihre Ausweispapiere bitte“

Zu den Voraussetzungen einer Identitätsfeststellung in (der Nähe von) Schutzobjekten

Nach § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG kann die Bundespolizei die Identität einer Person feststellen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass in oder in unmittelbarer Nähe eines Schutzobjektes Straftaten begangen werden sollen, durch die in oder an diesen Objekten befindliche Personen oder diese Objekte selbst unmittelbar gefährdet sind und die Feststellung der Identität aufgrund der Gefährdungslage oder auf die Person bezogener Anhaltspunkte erforderlich ist. Was für Fälle hat der Gesetzgeber vor Augen? Als Beispiel mag ein „Rotspiel“ der Fußball-Bundesliga, etwa zwischen dem 1. FC Köln und

Borussia Mönchengladbach, dienen. In der Vergangenheit ist es anlässlich dieser Begegnung im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei immer wieder zu massiven Ausschreitungen und Straftaten gekommen. Zur Illustration sei auf das Zünden von Pyrotechnik an Abfahrts-, Ankunfts- und Umsteigebahnhöfen sowie in Fußgängertunneln hingewiesen. Diese bundespolizeilichen Schutzobjekte begründen als Tatorte strafbarer pyrotechnischer Zündungen (§§ 40, 42 SprengstoffG, §§ 223, 224 und ggf. 303 StGB) aufgrund der Schallentwicklung eine besondere Gefährlichkeit für Fußballreisende (KAT A), unbeteiligte Dritte und Polizeivollzugsbeamte.

Solche und andere im Einzelnen zu konkretisierenden Vorkommnisse begründen die Annahme, dass bei einem bevorstehenden „Rotspiel“ qualitativ und quantitativ vergleichbare personengefährdende Straftaten in oder in der Nähe von Schutzobjekten (Bahnhöfen) erfolgen werden. In bzw. in unmittelbarer Nähe von Schutzobjekten kann die Bundespolizei dann Identitätsfeststellungen (IDF) – als Einzelkontrollen – durchführen. Auch die gegenwärtige islamistische Gefährdungslage (IGL) dürfte bei entsprechender Tatsachenunterfütterung durch das BKA und die Nachrichtendienste für eine IDF nach § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG prädestiniert sein.

Fußballfans zünden Pyrotechnik im Hauptbahnhof Dresden - einem Schutzobjekt nach § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG



Der „Reiz“ einer solchen Identitätsfeststellung liegt sowohl in den von § 23 Abs. 3 S. 4, 5 BPolG normierten Begleitmaßnahmen (Festhalten und Mitnahme des Betroffenen zur Dienststelle, Durchsuchung mitgeführter Sachen zur IDF) als auch in dem Maßnahmenspektrum der §§ 43 Abs. 1 Nr. 4, 44 Abs. 1 Nr. 4 BPolG (Durchsuchung von Personen und Sachen). Für eine auf § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG gestützte IDF – und zugleich für die Durchsuchungsvorschriften – gilt es, Folgendes zu beachten:

Die Gefährdungseinstufung eines Objektes muss auf tatsächliche Erkenntnisse über geplante Straftaten zurückgeführt werden können. Diese Straftaten können sich als Vergehen oder Verbrechen darstellen. In Betracht kommen etwa Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen, Sprengstoff- oder Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Landfriedensbruch, Nötigung, Nötigung von Verfassungsorganen etc. Mit Blick auf die Gefährdungseinstufung bedarf es keiner formalen Anordnung oder Einstufung eines bestimmten Objektes durch eine Dienststelle der Bundespolizei. Die jeweilige Streife kann Maßnahmen unter § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG subsumieren – nur wird sie etwa vonseiten einer Inspektion „munitioniert“ werden müssen. Es bietet sich an, die Beamten in den Dienstgruppen über die allgemeine und besondere Lage an und in bestimmten Objekten in Kenntnis zu setzen – Straftatenaufkommen, Zeugenaussagen, Erkenntnisse einer MFE, Informationen aus der Bevölkerung, Ereignisse aus der Vergangenheit, dokumentierte Aufklärungsergebnisse, Mitteilungen anderer Behörden etc. bilden also die „Tatsachen“ i.S.v. § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG. Tatsachen sind per definitionem mehr als bloße Vermutungen, Vorurteile und Erfahrungen. Vielmehr muss es sich um gesicherte Erkenntnisse handeln. Diese Tatsachen müssen so verdichtet sein, dass die

„bloße“ Annahme, es werde in oder in der Nähe des Schutzobjekts zu objekt- oder personengefährdenden Straftaten kommen, gerechtfertigt ist. Adressat der Identitätsfeststellung ist jede Person in oder in unmittelbarer Nähe des Schutzobjekts. Ein Ort liegt in unmittelbarer Nähe des Schutzobjekts, wenn dasselbe in kürzester Zeit erreicht werden kann oder wenn

zulässt und ist die IDF personen- oder lagebezogen erforderlich, so ist der Tatbestand von § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG erfüllt. Einer konkreten Gefahr bedarf es ausdrücklich nicht.

Bei all dem gilt es zu beachten, dass Razzien, als planmäßig vorbereitete und überraschend durchgeführte polizeiliche Überprüfungen einer

Tatbestandsvoraussetzungen § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG

- Tatsachengestützter Straftatverdacht in oder in unmittelbarer Nähe eines Schutzobjekts
- Tatsachengestützte Annahme einer straftatbedingten Personen- oder Objektgefährdung
- Personen- oder lagebezogene Erforderlichkeit der IDF

Adressat

Jede Person in oder in unmittelbarer Nähe des Schutzobjekts

Grundrechtsrelevanz einer IDF nach § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG

- Eingriff in das vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht im Sinne des Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG umfasste Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Das Grundrecht gewährleistet die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.
- Eingriff in das in Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG normierte Grundrecht der Freiheit der Person (= körperliche Bewegungsfreiheit jeden Ort aufzusuchen und zu verlassen), wenn die Person zum Zwecke der IDF festgehalten und zur Dienststelle mitgenommen wird (§ 23 Abs. 3 S. 4 BPolG).
- Eingriff in die von Art. 2 Abs. 1 GG geschützte allgemeine Handlungsfreiheit, wenn die Aushändigung von Ausweispapieren zur Prüfung nach § 23 Abs. 3 S. 2 BPolG verlangt wird.

von dem Ort aus direkt Straftaten gegen das Schutzobjekt begangen werden können. Die Erforderlichkeit der IDF kann sich laut Gesetz aus der Gefährdungslage oder aus personenbezogenen Anhaltspunkten (Verhalten des Betroffenen, Ort des Antreffens) ergeben. Also: Besteht ein tatsachengestützter Straftatverdacht in oder in unmittelbarer Nähe eines Schutzobjekts, der die tatsachengestützte Annahme einer straftatbedingten Personen- oder Objektgefährdung

größerer Anzahl von Personen, die innerhalb einer vorübergehend abgesperrten Örtlichkeit zu dem Zweck erfolgen, gesuchte Sachen und Personen aufzufinden, nach dem Wortlaut wie auch nach Sinn und Zweck der Norm nicht auf § 23 Abs. 1 Nr. 4 BPolG gestützt werden können.

*Professor Dr. jur. Marc Wagner
Fachhochschule des Bundes für
öffentliche Verwaltung*



Portrait

Reisebüro Bundespolizei

Reisebüros kennt jeder von uns: Hier kommt man hin, um sich bei der Suche eines Urlaubsziels unterstützen zu lassen und um die Reise zu buchen – manchmal kommt man aber auch, um Regressansprüche geltend zu machen. Doch wer eigentlich bucht für unsere Beschäftigten Dienstreisen und Übernachtungen, sorgt für Unterkünfte von Einsatzkräften und bezahlt das Ganze? **kompakt** hat für Sie einmal hinter die Kulissen geschaut.

Eric Thiel ist einer von denen, die sich um solche „Reisen“ kümmern. Der Regierungshauptsekretär, Besoldungsgruppe A 8, ist Angehöriger des Bundespolizeipräsidiums, Referat 73 – Personalnebenkosten, und hat sein Büro in der Liegenschaft der Bundespolizei in Fuldata.

kompakt: Hallo Eric, wir kennen uns bereits seit 1994, als Du noch in BGS-Uniform in Eschwege Dienst verrichtet hast. Was machst Du jetzt hier?

Thiel: Hallo Kurt, mein offizieller Auftrag lautet:

- Buchung und Bereitstellung aller für Dienstreisende relevanten Reisedokumente sowie aller entgeltlichen Unterkünfte im Rahmen von Dienstreisen und Einsätzen aller Beschäftigten der Bundespolizeidirektionen und -abteilungen
- Entscheidung über abrechnungsrelevante Fakten vor der Durchführung von Dienstreisen im Rahmen der fachlichen Genehmigung
- Zahlbarmachung von Rechnungen bzw. geltend ge-

machten Aufwendungen sowie

- Bearbeitung der Kreditkartenabrechnungen für die in der Reisestelle Fuldata verwendeten CompanyCards
- Kurz gesagt, die Reisestelle Fuldata ist eines der „Reisebüros“ für die Bundespolizei.

kompakt: Nun, das klingt alles sehr bürokratisch. Hast du ein konkretes Beispiel parat?

Thiel: Wir genehmigen Dienstreisen, stellen hierfür Bahnfahrtscheine aus, buchen Flüge, stellen Mietwagen zur Verfügung und reservieren Hotels in Städten, wo keine unentgeltliche Unterkunft zur Verfügung steht.

kompakt: Wie groß ist die tägliche Antragsflut?

Thiel: In den letzten Jahren haben die Dienstreisen deutlich zugenommen. Es gibt Tage, an denen man 60-70 Fahr- und Flugscheine ausstellt und dann Tage, wo man nur telefoniert, um Einsatzkräfte für Großveranstaltungen so gut und wirtschaftlich wie möglich unterzubringen.

kompakt: Die Anträge und Wünsche kommen über TMS und Telefon. Wie ist dabei der Umgang untereinander?

Thiel: Sehr unterschiedlich. Bei vielen Kollegen stimmen alle Buchungsdaten. Sie sind nett und freundlich, da macht es richtig Laune, die Dienstreisen zu genehmigen. Andere Kollegen hingegen benehmen sich so, als hätte man nur einen einzigen Antrag zu bearbeiten, und zwar ihren – und das möglichst sofort. Sprüche wie „Wenn ich den bestimmten Flug oder das Hotel nicht bekomme, dann gehe ich nicht auf Dienstreise!“ oder „Ich werde mich beim jeweiligen Personalrat/Präsident beschweren!“ oder „Das System ist sch...!“ müssen wir uns leider jede Woche anhören.

Das größte Problem ist die kurzfristige Antragstellung. Dann sind Flüge und Hotels teurer oder bereits ausgebucht. Da wird auch schon mal aufgrund der Sparsamkeit ein Bahnticket gekauft oder eine Jugendherberge reserviert. Dabei könnte beides in vielen Fällen bereits lange vorher auf Option gebucht bzw. vorreserviert und somit Geld gespart werden.

Natürlich gibt es auch Anträge, die einen zum Lachen bringen – und abgelehnt werden: In einem Dienstreiseantrag werden 50 Cent geltend gemacht mit der Begründung, man müsse ja in der Raststätte für die Toilette bezahlen oder Dienstreisen zu Weihnachtsfeiern mit der Begründung, es sei ja schließlich eine dienstliche Weihnachtsfeier.

Weil niemand perfekt ist, habe ich auch schon mal ein Hotel reserviert, das im Rotlichtmilieu lag. Vom Antragsteller kam nach der Dienstreise dann prompt die nicht ganz ernst gemeinte Frage, ob diverse Nebenkosten auch übernommen werden.

Zur Person:

- am 20.06.1972 in Rotenburg/Fulda geboren
- verheiratet, zwei Kinder (Tochter 10, Sohn 12)
- nach der Schule (Mittlere Reife) direkt zum damaligen Bundesgrenzschutz
- Hobbys: Familie/Haus, Schießen (Zweiter Vorsitzender), Angeln, Fußball (nicht aktiv, Eintracht Frankfurt)

kompakt: „Eric Thiel – immer freundlich, nett und sachlich“ – so hört man von Kollegen. Wie motivierst Du Dich bei der täglichen Antragsflut aus dem gesamten Bundesgebiet?

Thiel: Da ich aus dem Vollzugsdienst komme, war die Umstellung auf den reinen Verwaltungsdienst am Anfang sehr schwierig, weil ich befürchtete, dieser Dienst könnte eher langweilig werden. Aber ich stellte schnell fest, dass ich mich irrte. Denn in der Reisestelle hat man den ganzen Tag mit Menschen zu tun, man bekommt enorm viele Anrufe von Hotels und Kollegen, muss Angebote einholen, hilft bei der Beantragung von Dienstreisen über TMS. Eine große Rolle spielt hier unter anderem die gute Zusammenarbeit mit den Kollegen aus dem Referat 73, egal ob aus Fuldata, Potsdam, Lübeck oder Koblenz. Auch die Zuarbeit von Kollegen aus den einzelnen Direktionen oder Abteilungen wird von Tag zu Tag bzw. Einsatz zu Einsatz besser. Aber die größte Motivation wäre ab und zu ein Dankeschön!

kompakt: Eric, Du bist 1989 in Alsfeld eingestellt und zum Polizeivollzugsbeamten ausgebildet worden. Warum der Wechsel zur Verwaltung?

Thiel: Bei der Untersuchung „zur Anstellung“ wurden gesundheitliche Probleme festgestellt. Nach vier Jahren mit Verfahren auf Wiedereinstel-

lung in den Vollzug und einer Menge Untersuchungen, ärztlicher Gutachten, die kein konkretes Ergebnis brachten, habe ich mich entschlossen, in den Verwaltungsdienst zu wechseln. Ich war gerne Polizist. Die Einsätze waren interessant und die Abordnungen zum Flughafen Frankfurt vielseitig. Ich habe hier meine jetzige Ehefrau kennengelernt, die nach wie vor im Vollzug ist.

kompakt: Welche Botschaft möchtest Du an deine Kunden übermitteln?

Thiel: Es gibt kein Problem, das man nicht lösen kann – also etwas mehr Geduld, Freundlichkeit und Courage bei Entscheidungen.



Eric Thiel – immer bestrebt, die Reisewünsche zu erfüllen

kompakt: Was sind Deine beruflichen und privaten Wünsche für die Zukunft?

Thiel: Ein lang gehegter Wunsch ist gerade erfüllt worden: ein Computerarbeitsplatz wurde genehmigt und eingerichtet. Drei Tage zu Hause, zwei Tage im Büro – das entlastet mich enorm. Für meine Kunden hat dies keine Auswirkung. Ich hoffe, dass ich diese Arbeit noch einige Zeit ausüben kann.

Kurt Lachnit



Technik & Logistik

Kein feuerrotes Spielmobil ...

... sondern ein Einsatzmittel, das in der Bundespolizei seinesgleichen sucht und demnächst sicherlich auch in anderen Bundespolizeidirektionen zum Einsatz kommen könnte.

Die Rede ist von der zweiten Generation der Entschärferfahrzeuge mit Elektroantrieb bei der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main.

Nach 13-jähriger intensiver Beanspruchung konnten die zwei seit 1997 eingesetzten Elektrofahrzeuge der Frankfurter Entschärfergruppe Ende 2010 gegen die modifizierten Fahrzeuge ausgetauscht werden.

Sicherheit im Detail: der integrierte Safe für nicht klassifizierbare Gegenstände.

Innerhalb von nur 18 Monaten war es nach Recherchen im Nahbereich des Frankfurter Flughafens gelungen, ein geeignetes Nachfolgemodell für die beiden Elektrofahrzeuge (Kfz 68-ELO) zu finden. Aus einsatztaktischen Gründen war es geboten, einen Anbieter in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Flughafen zu finden, um evtl. auftretende Mängel oder Störungen an den Elektrofahrzeugen schnellstmöglich beheben zu können, damit die Einsatzfähigkeit der Entschärfer jederzeit gewährleistet ist.

Durch die immer häufigeren und auch längeren Standzeiten der ausgedienten Elektrofahrzeuge in der Werkstatt wäre die Einsatzbereitschaft der Entschärfer zeitweise gefährdet worden. Dem musste schnellstens entgegengewirkt werden.



Die neuen Fahrzeuge mussten jedoch hinsichtlich

- des Einsatzauftrages der Entschärfergruppe,
- der örtlichen Besonderheiten des Flughafens Frankfurt/Main (Breite der Gänge, Höhe, Länge und Tragfähigkeit der Lastenaufzüge, Wendemöglichkeiten etc.),
- der Vorgaben des Flughafenbetreibers (Einsatz innerhalb und außerhalb der Terminals, Nähe zu Fluggästen, Zulassung gem. StVZO, Einhaltung der StVO) und
- der gewonnenen Erfahrungen der Entschärfergruppe angepasst werden.

Mit den neuen Fahrzeugen fanden somit rund 13 Jahre tägliche Einsatzerfahrung mit Elektrofahrzeugen, die mehr als 13.000 Einsätze gefahren sind, ihren Niederschlag.

Gegenüber den alten Fahrzeugen, bei denen das Serienfahrzeug nachträglich den räumlichen Besonderheiten des Frankfurter Flughafens angepasst werden musste, konnte nun ein Serienfahrzeug eines französischen Anbieters verwendet werden. Der deutsche Vertreter dieser Firma hat seinen Sitz in Aschaffenburg – ein monetärer Vorteil bei der Ersatzteilbeschaffung und Wartung.

Während die alten Fahrzeuge durch die Entschärfer selbst behelfsmäßig ausgerüstet worden waren, ist das neue Fahrzeug „aus einem Guss“ industriell gefertigt. Der Kofferaufbau wurde an die räumlichen Gegebenheiten des Einsatzortes und den Raumbedarf der besonderen Entschärferausrüstung angepasst. Die seitlichen Klappen öffnen jetzt nach oben und bieten so Wetterschutz beim Außeneinsatz; der nutzbare Innenbereich wurde dadurch vergrößert. Auch im Heckbereich ist jetzt eine zusätzliche

Klappe angebracht worden, und alle Arbeitsbereiche sind unter den Klappen mit Beleuchtung versehen.

Der Fahrzeugaufbau ist nach Trennen eines Zentralsteckers für die Stromversorgung und zweier Verriegelungsbolzen ohne Kran oder sonstige Hubwerkzeuge an jedem Ort abnehmbar – eine deutliche Erleichterung für die Wartung und Instandsetzung.

Auch die sonstigen Forderungen des Flughafenbetreibers wurden berücksichtigt (z.B. Beachtung der StVZO und Elektroantrieb mit gasarmer Gelbatterie). Eine Anhängerkuppelung ermöglicht den Einsatz eines zusätzlichen Anhängers für den Transport des Fernlenkmanipulators oder der Zusatzausrüstung.

Aus den Einsatzerfahrungen der Entschärfer ergab sich auch die Notwendigkeit einer auffälligeren Farbgebung – aus Weiß wurde ein leuchtendes Orangerot.

In puncto Verkehrssicherheit wurde ebenfalls noch einiges verbessert:

- Die Rückwärtsfahrt wird jetzt mittels Kamera und Display im Führerhaus abgesichert.
- Die Verkehrssicherheit wird durch größere, bis in den Dachbereich hineinreichende Fenster verbessert.
- Eine elektrische Kabinenheizung und -lüftung sorgt für stets freie Sicht.
- Ein zuschaltbarer melodischer Warnton macht das Fahrzeug auch akustisch auffälliger.

- Schließlich ist noch eine Sondersignalanlage mit zwei verschiedenen Klangmustern installiert, die in der Lautstärke an den Terminaleinsatz angepasst werden kann.

Eine weitere Neuerung ist der im Fahrzeug integrierte Safe für nicht unmittelbar klassifizierbare Gegenstände und ein 230-Volt-Anschluss.



Das neue Entschärferfahrzeug fällt schon allein durch seine neue Farbe sofort ins Auge.

Die Fahrgeschwindigkeit im Außenbereich wurde auf 40 km/h erhöht und lässt sich durch einen sogenannten „Schneckengang“ auf Terminalbedürfnisse anpassen.

Zum Schutz der hochwertigen Entschärferausstattung wurde dem Federungskomfort und der Bereifung ein besonderes Augenmerk zuteil.

Das Blaulicht kann wie bisher bei Bedarf mit einem Magnetfuß am Dach aufgesetzt werden und Außenlautsprecher erlauben (Warn-)Durchsagen an die Passagiere im Einsatzbereich. Die Kosten pro Fahrzeug belaufen sich auf ca. 48.000 Euro.

Armin Thiel



Sport & Gesundheit

„Es lebe der Sport!“ Dienstsport in der Bundespolizei

Dass Sport nicht nur gesund und fit hält, belegt eine aktuelle Studie von Prof. Ulman Lindenberger, Max-Planck-Institut, Berlin. Laut seiner Untersuchungen baut körperliche Bewegung Muskelmasse auf, regt die Fettverbrennung an und aktiviert die Lungentätigkeit. Zudem wurde erwiesen, dass auch das Gedächtnis trainiert wird.

Gerade in unserem Beruf ist eine gute körperliche und geistige Fitness Voraussetzung, um in einem anspruchsvollen Dienstalltag bestehen zu können. Denn oft genug werden wir in polizeilichen Einsatzlagen mit körperlichen Auseinandersetzungen konfrontiert und müssen sichere Entscheidungen treffen, die fundierte Kenntnisse über Vorschriften, Gesetze und Rechtsgrundlagen erfordern.

Für den Erhalt und Ausbau dieser Grundbefähigungen hat die dienststelleninterne Fortbildung der Bundespolizei große Priorität und wird durch die „Konzeption Polizeitraining“ gewährleistet. Zum Polizeitraining gehören

die „Einsatzbezogene Fortbildung“, das Einsatztraining, die Schießausbildung und der innerdienstliche Sport. Dieser soll nachfolgend ein wenig näher erläutert werden.



Polizeitrainer Rainer Laubach

Theorie und Praxis

„In der Bundespolizeiinspektion Kassel beispielsweise plant der Bereich Fortbildung die Umsetzung der Vorgabe des Dienstsports gemäß der Konzeption Polizeitraining in enger Absprache mit den jeweiligen Dienstgruppenleitern und achtet darüber hinaus auch auf dessen Einhaltung“, erläutert Polizeitrainer Rainer Laubach. Wie alle Polizeitrainer wissen, erfordert diese Umsetzung eine enorme Koordination und Organisation. Laubach erklärt, dass die fünf Dienstgruppen der Bundespolizeiinspektion Kassel alle fünf Wochen einen Ausbildungstag haben, der die Schießfortbildung, das Einsatztraining

und den Dienstsport beinhaltet. In der Regel werden hierbei 2 bis 3 Stunden Dienstsport angeboten. Doch ist

bei dieser Menge an Vorgaben der Fortbildung der geforderte Zeiteinsatz von 2 bis 3 Stunden tatsächlich immer umsetzbar?

Bundesweit gesehen kann sich auch für die eine oder andere Dienststelle die Umsetzung der Konzeption als schwierig erweisen. Voraussetzung sind in erster Linie geeignete Sportplätze, Sport- und Schwimmhallen, die sich möglichst in der Nähe der Dienststelle befinden sollten, um kurze An- und Abfahrtswege zu haben. Auch die finanziellen Mittel für die Anmietung von Sportstätten müssen zur Verfügung stehen.

Laubach kann dies jedoch für die Bundespolizeiinspektion Kassel zum Glück positiv bewerten. „Schon sehr früh fand sich die Möglichkeit einer geeigneten Fortbildungsstätte im Inspektionsbereich, sodass die Vorgaben der Konzeption sehr gut umgesetzt werden können.“ Der innerdienstliche Sport, zu dessen Teilnahme alle Polizisten, Bundespolizeilichen Unterstützungskräfte und Polizeivollzugsangestellte verpflichtet sind, soll zum einen das Bewusstsein für die eigene Gesundheit sowie die persönliche Fitness fördern und zum anderen dazu animieren, auch in der Freizeit sportlich aktiv zu sein.

Bei den Einheiten der Bundespolizeiabteilungen und den Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheiten kann allerdings der vorgegebene Zeiteinsatz von insgesamt 30 Stunden Sport im Jahr variieren, da hier aufgrund der spezifischen Aufgabewahrnehmung höhere Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit gestellt werden.

Auszug aus der Konzeption Polizeitraining in der Bundespolizei vom 13. Juni 2008

Polizeitraining ist das bedarfsgerechte, funktionsbezogene und fächerübergreifende Training der polizeilichen Grundbefähigungen. Die Durchführung der Fortbildung der Polizeitrainer, des Fachpersonals und die Fachaufsicht insbesondere in Bezug auf die Umsetzung dieser Konzeption obliegen der Bundespolizeiakademie. Die Bundespolizeiakademie hat im Rahmen dieser Fachaufsicht einheitliche Standards im Polizeitraining zu gewährleisten. Die Planung und kontinuierliche Durchführung des Polizeitrainings ist auf allen Ebenen Führungsaufgabe. Die Konzeption ist auf Erfolg, Effizienz und Effektivität fortlaufend zu evaluieren und anzupassen.

Außerdienstlicher Sport

Alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, Bundespolizeiliche Unterstützungskräfte und Polizeivollzugsangestellte sind aufgefordert, sich auch außerhalb der Dienstzeit sportlich zu betätigen. Der außerdienstliche Sport ist somit zu fördern.

Dienstunfallschutz

Im Sinne des § 31 I S 2 Nr. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes wird der außerdienstliche Sport als dienstliche Veranstaltung anerkannt, wenn der Dienstvorgesetzte zuvor schriftlich eingewilligt hat.

Diese Einwilligung kann unter folgenden Voraussetzungen erteilt werden:

- Die Sportart gehört zu den förderungswürdigen Sportarten.
- Die Ausübung des Sports wird von einer fachkundigen Person beaufsichtigt.
- Der Trainingsort und die Trainingszeiten müssen dem Dienstvorgesetzten jeweils vorher schriftlich angegeben werden.

Viele Kollegen schrecken vor den vermeintlich zu hohen Anforderungen zurück. Gedanken wie „Das schaff ich nie!“ und „Da brauche ich ja gar nicht erst anzufangen!“ kommen dem einen oder anderen wahrscheinlich bekannt vor.

Für Laubach und sein Trainerteam ist es jedoch selbstverständlich, in solchen Fällen für die Kollegen da zu sein, ihnen die Ängste zu nehmen und unter Umständen sogar zusätzliche Termine einzuräumen, um jedem die sportliche Leistungserfüllung zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, ist der Dienstsport in seinen Anforderun-

gen zudem in Altersgruppen unterteilt und findet unter Aufsicht fachlich geschulter Polizeitrainer statt.

Ein jährlicher Leistungsnachweis ist in folgenden Disziplinen zu erbringen:

100-m-Lauf bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres, 12-Minuten-Lauf oder 2000-/3000-m-Lauf (Frauen) bzw. 3000-/5000-m-Lauf (Männer) oder 1000 m Schwimmen. Wer im laufenden Jahr das Deutsche Sportabzeichen vorweisen kann, für den entfallen die genannten Disziplinen. Wird der erforderliche Leistungsnachweis nicht erbracht, kann dies für

den betreffenden Kollegen durchaus Konsequenzen haben.

„Eine Nichterfüllung des jährlichen Leistungsnachweises fließt in die Beurteilung der körperlichen Leistungsfähigkeit mit ein. Wie stark die körperliche Leistungsfähigkeit im Gesamtbild der Beurteilung gewichtet wird, liegt im Ermessen des jeweiligen Erstbeurteilers“, so Jörg Bassalik, Dienstgruppenleiter der Bundespolizeiinspektion Trier.

Dass jedoch allein diese 2 bis 3 Stunden Dienstsport im Monat für eine starke, ausdauernde Leistungsfähigkeit bei Weitem nicht ausreichen, liegt auf der Hand. Grundsätzlich ist jeder Beamte zur persönlichen Ge-

sunderhaltung aufgefordert bzw. verpflichtet. Viele Kollegen nutzen daher als Ausgleich zum Dienst auch den außerdienstlichen Sport. Städte und Gemeinden bieten ein reichhaltiges Programm an sportlichen Aktivitäten, sodass sich im Prinzip für jedermann Möglichkeiten finden lassen. Für den außerdienstlichen Sport kann sogar Dienstunfallschutz bestehen, wenn der Dienstvorgesetzte unter Berücksichtigung bestimmter Voraussetzungen zuvor schriftlich eingewilligt hat (siehe Infokasten).

Für alle diejenigen, die dem Sport auch einmal den „Rücken kehren“ und präventiv etwas für ihre Rückenmuskulatur tun möchten, bieten die Polizeitrainer bzw. ausgebildete

Rückenschullehrer im Sinne des Gesundheits- und Präventionssports auch eine sogenannte Rückenschule/ Wirbelsäulengymnastik an, wie beispielsweise in der Bundespolizeidirektion Koblenz durch Udo Busch oder in der Bundespolizeiabteilung Bayreuth durch Andreas Pöhlein.

Anika Manthey

Weitere Infos im Intranet unter:
<http://intranet.polizei.bund.de/links/polizeitraining>

52



Leserbriefe

Meinungen aus unserer anonymen Intranetumfrage

Die kompakt konnte das Niveau der ersten Ausgaben leider nicht halten. Langatmig und vor allem wenig authentisch. Schade! Ich wünschte, es gäbe noch die regionalen Mitarbeiterzeitschriften, die vor der Neuorganisation existiert haben. Die haben die Mitarbeiter wenigstens abholen und informieren können.

Insgesamt recht gut gemacht; insbesondere der Castor-Artikel sowie die historischen Betrachtungen sind durchaus lesenswert. Man hat aber mit dieser Ausgabe wieder einmal mehr das Gefühl, dass die „brenzlichen“ Themen bewusst ausgeklammert oder bestenfalls am Rande erwähnt werden. Genau diese Themen jedoch sind es, die den Leuten das Leben sauer machen! Ich gehe aber mal davon aus, dass der Bericht der Werthebach-Kommission, der zur (Un-)Zeit für neuen Sprengstoff sorgt, erst nach Redaktionsschluss bekannt wurde.

Bemerkenswert ist der Leserbrief des Präsidenten im BGS a.D., Bernd Walter. Soweit Sie die Möglichkeit haben, Experten zu Wort kommen zu lassen, so machen Sie uns doch bitte deren Erkenntnisse weiterhin zugänglich. Wie wäre es exemplarisch mit Befragungen außer Dienst befindlicher Kollegen – aller Laufbahngruppen –, um unsere Organisationsgeschichte aufzuarbeiten?

Die Hälfte des Heftes habe ich ehrlich gesagt gar nicht erst gelesen. Themen wie „Zum Weihnachtsfest nach Damaskus“, „Österreichs Bundespolizei“ oder „Ein Trompetensolo für den Wachmann“ finde ich persönlich uninteressant, das ist nicht wirklich „meine BP“. [...] Den englischen Text habe ich mir ebenfalls nicht durchgelesen, da mein letzter Englischunterricht schon sehr, sehr lange her ist und mein Dienstherr daran auch nicht interessiert ist, diesen Umstand zu ändern. [...] Im Großen und Ganzen gefällt mir Ihr Heft aber, Sie schreiben verständlich, die Illustrationen passen auch und ehrlich gesagt bin ich immer froh über ein bisschen Abwechslung.

kompakt: Themen gesucht!

Die Redaktion ist stets bemüht, interessante und spannende Themen für unsere Kolleginnen und Kollegen zu finden. Dabei ist es nicht das Ziel einer Zeitschrift, dass alle Artikel einer Ausgabe jeden Leser ansprechen. Natürlich sind wir bei der Themensuche und auch bei der kritischen Betrachtung unserer Beiträge auf Sie angewiesen. Daher möchten wir Sie noch einmal dazu aufrufen: Senden Sie E-Mails an unsere Adresse redaktion.kompakt@polizei.bund.de oder bewerten Sie die kompakt in unserer anonymen Umfrage unter <http://kompakt.polizei.bund.de>. Wir recherchieren gern Ihre Vorschläge, kommen vor Ort, erstellen dazu Beiträge. Nur Sie wissen, wo der Schuh drückt.



Zu guter Letzt

Fliegender Notarzt für den neuen „Tatort-Kommissar“

Einen Antrag auf „Amtshilfe“ der besonderen Art erhielt die Bundespolizei-Fliegergruppe Anfang Dezember 2010 vom Hessischen Rundfunk: Im Drehbuch für den neuen „Tatort“, bei dem erstmals als Ermittlerduo Joachim Król als Kommissar Frank Steiner und Nina Kunzendorf als Kommissarin Conny

Mey in Frankfurt am Main zum Einsatz kommen, ist eine Szene mit einem Rettungshubschrauber vorgesehen. Hans Wank von der Bundespolizei-Fliegerstaffel in Fulda tat flog den Notarzt mit dem schwer verletzten Kommissar Steiner zur Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik nach Frankfurt, dem sogenannten Luftrettungszentrum Christoph 2. Ob die

medizinische Hilfe von Erfolg gekrönt war und Kollege Steiner weiterhin ermitteln wird, können die Zuschauer voraussichtlich im November 2011 in der ARD verfolgen.

Ralf Schnurr

16.000 Euro für die Ideen aus 2010

Dank des Einfallsreichtums vieler Mitarbeiter wurde 2010 zum Rekordjahr für das Ideenmanagement. Die Bundespolizei zahlte insgesamt 16.000 Euro an Prämiegeldern aus; so viel wie noch nie und fast doppelt so viel wie 2009. Die drei am höchsten prämierten Verbesserungsvorschläge des Jahres 2010 beinhalteten Optimierungen von Arbeitsabläufen.

Drei Mitarbeiter der Bundespolizeiinspektion Flughafen München lösten das Problem des unbeabsichtigten Verstellens der Grenzkontrollstempel mithilfe einer Metalltasche und erhielten dafür eine Gesamtprämie von 2.340 Euro. Mit der Einführung der elektronischen Abgabe von Vorgängen an die Zentrale Bußgeldstelle können ab sofort bis zu 24.000 Euro eingespart werden. Für diesen Vorschlag bekam ein Mitarbeiter

der Bußgeldstelle 2.000 Euro. Die selbst entworfene Excel-Routine, für welche ein programmierfreudiger Kollege 1.000 Euro Prämie erhielt, vereinfacht die Datenerhebung der polizeilichen Eingangsstatistik in der Bundespolizeidirektion Koblenz.

René Zänkert

Weitere Infos im Intranet unter:
<http://intranet.polizei.bund.de/links/ideen>



Spenden für Helfer in Not:

Bundespolizei-Stiftung

Sparda-Bank West eG

Konto-Nr.: 683 680

BLZ: 370 605 90

Die Spenden werden ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen Zwecken verwendet. Die Geldzuwendungen können zweckgebunden erfolgen. Die Bundespolizei-Stiftung ist befugt, Spendenquittungen auszustellen.

Mehr erfahren Sie unter:
www.bundespolizei.de



BUNDESPOLIZEI